

heimatlos

Stadtteilzeitung des Gymnasiums Links der Weser

Ausgabe 2, September 2016

Schule – Obervieland – Flucht	Seite 2
Fluchtschicksale	Seite 5
Rechtspopulismus	Seite 8
Flüchtlingspolitik	Seite 9
Armut und Flucht	Seite 13
Europa und unsere Schule	Seite 15



Gute Nachbarn feiern auch zusammen: Schulfest in Obervieland

Die Weihnachtsfeier wurde in ein offenes Schulfest umgewandelt, bei dem Flüchtlinge herzlich willkommen geheißen wurden

Obervieland: Eine Turnhalle voller Fluchterfahrung

Flucht: Ein Thema, mit dem wir in unserer Schule ständig konfrontiert werden, nicht nur in Geschichte, Politik, Wirtschaft und Soziologie, sondern auch außerhalb der Schulzeit. 120 Flüchtlinge wohnen über ein halbes Jahr in der Turnhalle unserer Schule – in Gruppen- oder Familienräumen, abgetrennt durch provisorische Holzwände und Vorhänge. Trotz aller Schwierigkeiten und Befürchtungen war dies aber eine weitgehend entspannte und gute Zeit – auch für uns.

Von Anastasija Cherednichenko

Als die Schulglocke zum Feierabend läutete, blieben einige Schüler, Lehrer, Sozialpädagogen und auch Eltern da, angetrieben von dem Wunsch, den neuen Nachbarn zu helfen und diese so gut wie möglich zu unterstützen. Aus diesem Grund wurden Sprach-, Sport- und Spielprojekte am Gym-

nasium Links der Weser ins Leben gerufen. Im „Sprachtreff“ mit Kinderbetreuung lernten Flüchtlinge Grundlagen der deutschen Sprache. Im Nebenraum spielten die Kinder gemeinsam mit unseren jungen Schülern in der Nachmittagsbetreuung.

Der Sprachtreff war besonders wichtig, um eine Verständigungsbasis zu schaffen. Und das war gar nicht so leicht, weil die Menschen doch sehr unterschiedliche Bildungs- und Sprachniveaus hatten. Außerdem gab es, wie in allen Notunterkünften, viele Wechsel. Doch man merkte, dass bereits ein Tag Unterricht etwas nutzte – und sei es, um andere Leute kennen zu lernen und einmal aus der Turnhalle herauszukommen. Ärgerlich war lediglich, dass Flüchtlinge aus bestimmten Ländern wie Syrien, Eritrea oder dem Irak recht bald offizielle Sprachkurse bekommen haben, während andere – mit angeblich geringerer Bleibe-

perspektive, wie überraschenderweise aus Afghanistan – kein Angebot bekamen. Ein gewisses Unverständnis und Neid aufgrund dieser Ungleichbehandlung war zu spüren.

Darüber hinaus wurde das schulische Nachmittagsprogramm für Flüchtlinge geöffnet: Bei Fußball, Tischtennis und weiteren Angeboten standen die Türen offen. Und Oberstufenschüler organisierten sogar einmal pro Woche ein Fußballangebot in der kleinen Turnhalle. Auch wurde von Oberstufenschülern ein Schülermentoring an unserer Schule begonnen. Nach nur einem Jahr Vorbereitung in sogenannten Vorklassen kommen Flüchtlingskinder in den Regelunterricht. Dafür brauchen sie Unterstützung bei Hausaufgaben und noch vielem mehr.

Gute Nachbarn feiern auch zusammen!

So wurde die Weihnachtsfeier 2015, welche bislang jedes Jahr in der Turnhalle gefeiert wurde, in ein offenes Schulfest

im Schulgebäude umgewandelt, bei dem Flüchtlinge herzlich willkommen geheißen wurden. Neben Spiel, Musik und Essen gab es zur Weihnachtsfeier natürlich Geschenke: Dutzende von den Schülern und Eltern liebevoll verpackte „Weihnachts- und Willkommenspakete“ wurden an die Flüchtlinge verschenkt.

Das Gymnasium Links der Weser trägt den Namen „Schule ohne Rassismus-Schule mit Courage“. Mit dem Einsatz für Flüchtlinge wollen wir zeigen, dass dieser Titel nicht nur ein Schild an der Wand ist, sondern auch in Taten umgesetzt wird. Schließlich haben sehr viele von uns Schülern zwar keinen Flucht-, aber selbst einen Migrationshintergrund. Und auch wir haben einiges gelernt: Es ist etwas anderes, im Fernsehen etwas über Flucht zu hören oder selbst mit den Menschen in Kontakt zu kommen und etwas von ihren Erlebnissen zu erfahren.

In eigener Sache

Das war schon irre, wieviel Feedback wir auf die erste **heimatlos** bekommen haben: Bremer Schülerzeitungswettbewerb, Bundespreis der Länder, Einladung in den Bundesrat, Preisträger des Wettbewerbs „demokratisch handeln“, Fahrt nach Tutzing an den Starnberger-See. Und jetzt sind wir noch für den Deutschen Engagementpreis nominiert. Über ein Online-Voting wird ein Publikumspreis ermittelt – der ist mit 10.000 € dotiert und für die ersten 30 Plätze gibt es Einladungen nach Berlin.

Also: Wenn Sie **heimatlos** gut finden, dann stimmen Sie ab – bis zum

30.10. unter www.deutscher-engagementpreis.de/publikumspreis/!

Ohne Unterstützung wäre **heimatlos** im Schulalltag kaum möglich: Vielen Dank zuerst an das *Team Nawrot*, insbesondere an Benjamin Thurn und Ulf Nawrot selbst, die erneut das Layout gemacht haben, einfach, weil sie unser Projekt gut finden. Außerdem haben uns die ÖVB und die *Bremer Leselust* die Sorgen der Finanzierung genommen. Durch eine sehr umfassende Spende wird diese Ausgabe und wohl Teile der nächsten gesichert. Allerbesten Dank!

Klar sind wir stolz, dass die erste Auflage der Zeitung so gut geworden ist und dass wir – deutschlandweit – so viel

positive Resonanz erhalten haben. Aber: Im Kern geht es nicht um Lorbeeren. Wir hoffen, dass wir auch mit der neuen **heimatlos** einen Beitrag dazu leisten werden, ein für alle gutes Zusammenleben zu erleichtern – sowohl für uns als auch für die Flüchtlinge. Und wer die Artikel liest, der wird feststellen, dass wir wieder versucht haben, über den Tellerrand zu schauen und ganz nebenbei auch schreiben zu lernen.

Redaktion **heimatlos**
September 2016



Vor dem Bundesrat: Sonderpreis für das Projekt **heimatlos**



Fußball-AG: Flüchtlinge und Schüler gemeinsam in einem Team

Fußball-AG für die Flüchtlinge

Als wir Oberstufenschüler erfuhren, dass wir neue „Nachbarn“, nämlich Flüchtlinge, in der Sporthalle bekommen sollten, dachten wir, dass es sinnvoll wäre, sie auch mal von ihrer Vergangenheit abzulenken.

Von Nick Johnen

Wir schlossen uns als eine Gruppe von 10 Schülern zusammen und einigten uns, jede Woche Donnerstag 1 ½ Stunden nach der Schule mit ihnen in der Halle Fußball zu spielen. Plakate wurden bei den Flüchtlingen in der Notunterkunft aufgehängt, um auf unser Angebot aufmerksam zu machen, und verschiedene Lehrer übernahmen die Aufsicht.

Schon beim ersten Mal war die kleine Halle randvoll. Manchmal waren wir sogar über 30 Leute, in der Regel fünf Schüler und viele unserer Gäste aus Afghanistan, Syrien, Somalia und anderen Ländern.

Was bitteschön ist ein ‚Boateng‘, Herr Gauland?

Ein Kommentar von Svenja Röling

„Die Leute finden ihn als Fußballspieler gut. Aber sie wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben.“ Es herrschte Fassungslosigkeit unter Fans und Nicht-Fans, nachdem Alexander Gauland von der AfD diese Beledigung an den Tag gebracht hatte. Einen Boateng? Das hört sich ja fast danach an, als gäbe es mehrere von ‚ihnen‘. Da fragt man sich doch gleich, wer oder was ist denn bitteschön ein ‚Boateng‘? In Deutschland geboren, die Mutter ist Deutsche, der Vater stammt aus Ghana – das ist doch etwas Selbstverständliches, sollte man meinen.

Es gibt also Leute, die offenbar meinen, dass einige Menschen nicht in die Nationalmannschaft gehören. Boateng bleibe

Auch einige Zuschauer kamen regelmäßig. Zweimal spielten sogar Bundeswehrosoldaten mit, die in der Notunterkunft organisatorische Aufgaben übernahmen. Da die Flüchtlinge keine Sportschuhe hatten, eigneten wir uns darauf, barfuß oder mit Socken zu spielen. Es ging ganz schön zur Sache, alle wollten gewinnen. Aber es blieb immer sehr fair: Nie wurde durchgezogen, ganz selten wurde über Regeln oder Tore gestritten. Mit der Zeit wurde der Kontakt intensiver. Auch wenn man sich außerhalb der Halle in unseren Hofpausen sah, grüßte man einander freundlich. Mit einigen Flüchtlingen, die öfter dabei waren, fing man auch schon an, über deren Herkunft oder ihr jetziges Leben zu sprechen.

Leider liegt unsere Fußball-AG seit Anfang Mai auf Eis, da die Flüchtlinge an anderen Orten untergebracht worden sind. Aber wir überlegen uns, ob wir nicht im kommenden Jahr für unsere Vorklassen das ganze wieder aufleben lassen.

„ein Fremder bei uns“, meinte Gauland in der Talk-Show von Anne Will. Die „Mannschaften von ‚54 oder ‚72“ findet er einfach „schön“, weil da „ganz andere Namen drin“ sind. Da könne man mal sehen, „dass sich Deutschland sehr verändert hat“.

Fußball schafft Verbindungen zwischen Menschen, denn Fußball spielen sie alle: Reiche und Arme, Hell- und Dunkelhäutige, Alte und Junge. Ob mit einem Softball oder einer zerbeulten Cola-Dose – beim Fußball sind alle im Team. Auch wenn die AfD dieses Team so nicht möchte, sie hat sich doch glatt ein Eigentor geschossen. Denn statt Boateng abzulehnen, mögen die Fans ihn jetzt umso mehr – und das obwohl er bei den Bayern spielt. Gerne hätte man ihn als Nachbarn, einen ‚Boateng‘, nicht jedoch einen ‚Gauland‘. Der gehört in eine andere Zeit.

heimatlos reloaded

Als im Spätsommer 2014, also noch lange vor der Zuspitzung der Flüchtlingsmigration im vergangenen Jahr, beschlossen wurde, dass die Zentrale Aufnahmestelle für Flüchtlinge (ZAST) gegenüber unserer Schule einziehen sollte, hatten wir die erste Ausgabe von heimatlos geplant. Damals war die Aufregung groß: Ängste und Sorgen kamen auf. Unterschriften dagegen wurden gesammelt, viele sprachen sich aber auch dafür aus und fragten, wie man die Flüchtlinge am besten aufnehmen und integrieren könnte.

Inzwischen ist unglaublich viel passiert: Nicht nur die ZAST ist längst schulnachbar und integrierter Teil unseres Viertels. Gerade erst, im April 2016, wurde unsere Schulturnhalle wieder geräumt, die über ein halbes Jahr als Notunterkunft für Flüchtlinge diente. Dass dies weitgehend problemlos war, dass Schüler selbstorganisiert Fußball für die Flüchtlinge anbieten, dass ein Schülermentoring für Flüchtlingsjugendliche entstand oder Kinderbetreuung und ein Sprachkurs zusammen von Lehrern, Eltern und Schülern organisiert wurde, ist zwar nicht auf heimatlos zurückzuführen. Bestimmt aber, dass die Bereitschaft für die vielen Projekte so groß war.

Aber auch jenseits unserer Schule und Bremen haben sich die Ereignisse überschlagen: Die Flüchtlingszahlen sind seit der letzten Ausgabe nochmals dramatisch gestiegen – auf mittlerweile



65 Millionen Menschen weltweit. Und angesichts von Krieg, Klimawandel, Armut und Ausbeutung wird sich das so schnell wohl kaum ändern. Die Europäische Union ist völlig zerstritten, Großbritannien möchte aus der Union austreten, die Grenzen wurden mittlerweile dicht gemacht, Terroranschläge in Paris und Brüssel machen Angst, allorts gewinnen Nationalismus und Rechtspopulisten an Boden, mit der Türkei wurde ein höchst fragliches Abkommen zur Rückführung von Flüchtlingen abgeschlossen – andere Länder Nordafrikas sollen folgen. Von heute auf morgen wurden aus Flüchtlingen, die im Herbst 2015 noch mit Willkommenskultur überschüttet wurden, illegale Einwanderer, die von Griechenland ohne Verfahren wieder in die Türkei verfrachtet werden. Indes steigt die Zahl derer, die im Mittelmeer ertrinken, wieder an.

Man verliert schnell den Überblick. Gleichwohl haben wir wieder versucht, diese vielen Probleme aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten – dabei ist klar, dass wir nicht alles thematisieren können. Wir, das sind diesmal 17 Schüler aus verschiedenen Kursen von der 8. Klasse bis zum Abiturjahrgang. Zentraler Bezugspunkt ist das, was an unserer Schule passiert ist. Aber wir haben auch wieder Fluchtursachen und -wege untersucht, dazu viele eigene Erfahrungen aus Interviews einbringen können. Wir hoffen, es ist nicht nur für uns, sondern auch für Sie Neues und Interessantes dabei.

Redaktion heimatlos, Juni 2016

Meinungen

Uwe Sudmann ist Schulleiter unserer Schule, dem Gymnasium Links der Weser. Rückblickend haben wir ihn zur Notunterbringung in unserer Turnhalle befragt.

Das Gespräch führten Lena Sterzing und Emilia Schlopath

Herr Sudmann, wie haben Sie reagiert, als Sie davon erfahren haben, dass die Flüchtlinge in der Turnhalle Ihrer Schule untergebracht werden sollten? Es war selbstverständlich, dass wir den Flüchtlingen in Not helfen mussten – gerade auch als Schule. So etwas hat absoluten Vorrang, auch wenn es für uns eine ganze Ecke Arbeit bedeutet hat, etwa in der Organisation des Sportunterrichts und des Stundenplans. Sicher gab es auch Befürchtungen und Sorgen. Einige dachten daran, die Schule abzuschotten. Doch wir haben uns für einen anderen Weg entschieden: Wir wollten die Schule öffnen. Diese Selbstverständlichkeit passt zu uns, dass wir nicht klagen, weil etwas komplizierter wird, sondern dass wir versuchen, das hinzubekommen.

Hatten Sie persönlich viel Kontakt zu den Flüchtlingen?

So viel nicht. Ich bin einige Male in die Halle gegangen, um nach ihnen zu sehen. Auch habe ich das Sprachcafé besucht und mich ein wenig mit Händen und Füßen verständigt oder auf Englisch ein paar Worte gewechselt, aber mehr nicht. Es gab aber viele Kollegen und Kolleginnen, die permanent Kontakt hielten und die Angebote der Schule organisierten. Es war schon beeindruckend, wie viele Engagement von Lehrern, Schülern, Sozialpädagogen und Eltern kam. So etwas kann man nicht von oben als Schulleitung ‚anweisen‘, da muss



„An der Schule ist ganz viel passiert.“

Tanja Sündermann, Sozialpädagogin an unserer Schule, war eine der Schaltzentralen für die Aktivitäten mit den Flüchtlingen. Wir haben sie zu ihren Erfahrungen interviewt.

Das Gespräch führten Zana Kilic und Selina Aysekin

Frau Sündermann, sie waren in den letzten Monaten sehr aktiv, um die Flüchtlinge an unserer Schule zu integrieren. Können sie uns kurz erzählen, wie das in der Turnhalle funktioniert hat? Im letzten Jahr (2015) mussten plötzlich viele Flüchtlinge in Bremen aufgenommen werden, und da wurde vom Senat für

man einfach die Leute für haben. Und dafür bin ich sehr dankbar. Sprachtreff, Kinderbetreuung, Fußball, Weihnachtsfeier, das waren ganz tolle Aktivitäten, die auch viel Anerkennung gefunden haben.

Hat der Aufenthalt der Flüchtlinge ihr Alltagsleben denn irgendwie beeinflusst? Nach einer heißen Phase am Anfang eigentlich wenig. Natürlich mussten wir Vieles organisieren, etwa mit den umliegenden Schulen, wie man deren Turnhallen nutzen konnte. Die Stundenplanner mussten auch viele Veränderungen durchplanen und einarbeiten. Also hauptsächlich Arbeitsorganisatorisches. Aber das war eine überschaubare Zeit von vielleicht drei oder vier Wochen gewesen, ehe sich alles sozusagen zurechtgerückt hat und der Laden, wie man so schön sagt, ganz normal weiterlief.

Wie denken Sie, haben die Schüler darauf reagiert?

Ganz überwiegend mit viel Verständnis. Natürlich war der eine oder andere enttäuscht, weil er für den Sportunterricht woanders hinmusste, aber ich glaube, dass alle eingesehen haben, dass das eine besondere Situation ist. Dann rückt man zusammen, schränkt sich etwas ein. Es wurde ja auch bei vielen Kollegen im Unterricht thematisiert. Ich selber habe das Thema im Politikunterricht behandelt, und da war eine positive Resonanz zu spüren, die sich in den vielen freiwilligen Aktivitäten und Angeboten seitens der Schüler zeigte. Viele haben verstanden, dass sie sich es ja auch wünschen würden, wenn ihnen in Not geholfen wird. Von Vorteil war sicher auch, dass viele Schüler unserer Schule Eltern oder Großeltern haben, die aus einem anderen Land stammen. Für sie ist die Schwierigkeit von Integration nachvollziehbar, sie wissen, was es bedeutet, in ein Land zu kommen, das zunächst fremd für einen ist.



Finden Sie denn allgemein, dass Angela Merkel die Situation mit den Flüchtlingen gut regelt? Dass sie im Sommer 2015 dieses Signal gesetzt hat, dass Deutschland den Flüchtlingen hilft, anstatt sich von ihnen abzuschotten, finde ich sehr, sehr positiv. Das hat sie aus meiner Sicht zu einhundert Prozent richtig gemacht. Was ich nicht umfassend

„Einige dachten daran, die Schule abzuschotten. Doch wir wollten die Schule für die Flüchtlinge öffnen.“
Uwe Sudmann, Schulleiter

beurteilen kann, woran aber deutliche Kritik an der Kanzlerin und der Regierung geübt wurde, ist, wie es um die Bereitstellung von Ressourcen steht, um diesem großen Flüchtlingsandrang zu begegnen. Hier müssen die Länder und Kommunen – bis zu den Schulen – stärker unterstützt werden. Ein

Wie lange durften die Flüchtlinge in der Turnhalle bleiben?

Besser gesagt, wie lange mussten sie bleiben. Am Anfang hieß es nämlich, es sei alle Übergangseinrichtungen, sie blieben nicht lange, und mir ist es in der Kinderbetreuung aufgefallen, dass die Kinder teilweise 3 bis 4 Monate da waren, bevor sie in einen anderen Wohnraum untergebracht werden konnten. Ich weiß nicht, ob ihr das selbst gesehen habt, aber es wurden mit Holzwänden kleine Nischen in die Turnhalle gebaut. Oben gab es keine Decken, die Durchgänge zu den Nischen waren nur mit Vorhängen abgehängt. Das ist für 1 bis 2 Wochen bestimmt gut gewesen, aber nach einigen Monaten war es sicher nicht ganz einfach.

Was hat die Schule für die Flüchtlinge organisiert?

An der Schule ist ganz viel passiert. Es gab eine große Gruppe von Lehrern, Eltern, Schülern und Sozialpädagogen, die sich engagiert haben. Zum einem hat es einmal in der Woche einen sogenannten Sprachtreff gegeben, zu dem konnten die Flüchtlinge kommen und ein bisschen Deutsch lernen. Das wurde ehrenamtlich von Lehrern, Sozialpädagogen und einigen Schülern und Eltern angeboten. Gleichzeitig gab es eine Betreuung für Kinder, da die Eltern ihre Kinder nicht in der Turnhalle alleine lassen wollten. Wir haben einen Raum von der Bremer Leselust eingerichtet, die Mädchen AG unserer Schule hat sich um die Kinder gekümmert. Auch hier sind Ehrenamtliche dazu

Beispiel ist die Einstellung von sozialpädagogischem Personal und auch die Einrichtung von Vorklassen. Es sind ja auch viele Jugendliche, die jetzt in Schulen kommen – und das geht so einfach nicht, ist auch nicht immer reibungslos. Bremen hat jedoch vergleichsweise viel Geld für Flüchtlinge ausgegeben, was angesichts der Schuldenlage nicht leicht ist. Wenn jetzt jedoch gesagt

wird, dass Bremen durch den Länderfinanzausgleich kein Geld mehr bekommen soll, eben aufgrund der hohen Schulden, dann ist das nicht fair. Die Kanzlerin hat da ja auch ein gewichtiges Wort. Ich bin gespannt, wie auf Bundesebene damit umgegangen wird.

gekommen, das war eine schöne Sache. Jüngere Kinder sind zu unserem Nachmittagsangebot gekommen, haben Fußball oder Tischtennis gespielt. Im Dezember 2015 hatten wir dann ein Schulfest, an dem sich alle Klassen hier an der Schule beteiligt haben: Es gab umsonst Essen und Trinken für die Flüchtlinge und die ganze Schule, vorbereitet von Klassen und Familien. Das war ein riesiges Buffet. Wir hatten Aktionen gehabt, Musikvorführungen, wir haben gemeinsam gesungen, es gab auch Spielangebote. Als drittes gab es etwas, das nannte sich „Willkommen im Schuhkarton“. Alle Familien der Notunterkunft haben Geschenke bekommen, die Geschenke wurden von Familien unserer Schüler gespendet. Und dann haben Schüler der Oberstufe einmal pro Woche eine Fußball-AG für die Flüchtlinge organisiert. Das war großartig, dass wir das alles zusammen hinbekommen haben.

Gab es überhaupt Probleme mit den Flüchtlingen?

Ich selbst habe von keinen Problemen im Alltag etwas mitbekommen. Am Anfang waren wir uns nicht sicher, wie das so im Schulalltag wird. Aber im Grunde gab es wenig Berührungspunkte. Ich habe von anderen Einrichtungen gehört, dass es auch mal zu Konflikten gekommen ist, aber bei uns ist es sehr friedlich abgelaufen. Ich denke, dass lag auch an der insgesamt guten Stimmung an unserer Schule.



Gar nicht unmöglich: Abiturienten helfen VK-Schülern

Vorklassen für Flüchtlingsjugendliche am GldW – eine kritische Bestandsaufnahme

Ein Jahr lang werden Flüchtlingsjugendliche in sogenannten Vorklassen unterrichtet. Dann sollen sie im Regelunterricht einen Abschluss machen. Dass diese Zeit viel zu knapp ist und dass das sehr wahrscheinlich langfristig mehr Kosten verursachen wird, zeigen Erfahrungen von Schülern und Lehrern unserer Schule, die hier arbeiten und sich engagieren.

Von Lisa Wochnik

Wenn man zur rechten Zeit auf den Vertretungsplan in der Eingangshalle schaut, kann man dort das Kürzel „VK“ entdecken. Doch was bedeutet das, was steckt dahinter?

Um dies zu ergründen, muss man einen Blick in Raum 156 unserer Schule werfen, denn dort findet der Unterricht von einer der zwei Vorklassen statt. An den Wänden des mit vier Gruppentischen besetzten Raumes hängen die Namen der Schüler, aufgemalt auf buntem Papier. Sie stammen aus Afghanistan, Albanien, Spanien, Syrien, Polen, Griechenland, Libanon und dem Irak.

Nach ihrer Ankunft in Deutschland bleiben die Schüler maximal ein Jahr lang in diesem Vorkurs. Hier sollen ihnen in 20 Stunden pro Woche die Grundlagen der deutschen Sprache, sowie Lernmethoden und ein Grundwissen über Deutschland vermittelt werden. In einem Kurs finden höchstens 16 Schüler Platz. Mehr ist auf Grund der unterschiedlichen Vorkenntnisse und Lerntempi nicht zu leisten – und bereits diese Anzahl führt an die Grenzen. „Die Schüler kommen hier mit den verschiedensten Voraussetzungen und Hintergründen an. Es gibt Schüler, die nicht alphabetisiert sind. Andere sprechen wiederum hervorragend Englisch oder sind mehrsprachig aufgewachsen.

Einige sind hochintelligent, andere wiederum haben in ihrer Heimat keine oder eine schlechte Bildung genossen. Hier dürfen keine pauschalen Schlüsse aufgrund des Herkunftslandes gezogen werden“, sagt Uwe Bruns, der Leiter der Vorklasse und für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) ausgebildeter Lehrer.

Der Unterricht in einer Vorklasse erfordert von den Lehrern die Arbeit mit 16 Menschen auf ebenso vielen unterschiedlichen Niveaus. Hinzu kommen verschiedene Kulturen und unterschiedliche persönliche Belastungssituationen, die durch das Verlassen des Heimatlandes herbeigeführt wurden.

Je nach Lernfortschritt werden die Kinder nach etwa 4 bis 8 Wochen langsam in den Regelunterricht integriert. Dies geschieht zunächst in Fächern wie Mathe, Englisch und der zweiten Fremdsprache, in denen der Lernstoff schneller aufgeholt werden kann.

Die zügige Integration in den Regelunterricht bringt einerseits den Vorteil, dass die Schüler schneller auf deutschsprachige Kinder treffen. Dies eröffnet ihnen eine weitere Möglichkeit, Deutsch zu lernen und beschleunigt die Integration. Andererseits haben die Kinder größte Schwierigkeiten, etwa in Fächern wie Biologie oder Geschichte dem Unterricht zu folgen. Häufig übersetzen sie Texte mit Hilfe eines Wörterbuches in ihre Muttersprache, um sie dann zur Bearbeitung wieder ins Deutsche zu übersetzen. Durch diesen enormen Zeitaufwand kommen sie nur sehr langsam voran.

Ein weiteres Problem, das bei dieser Methodik auftaucht, sind sprachliche Eigenheiten. Im Deutschen gibt es Wörter und Ausdrucksweisen, die in anderen Sprachen nicht existieren. Das macht das Verstehen der Texte noch einmal schwerer.

Um die Schüler, die bereits im Regelunterricht sind, besser zu unterstützen, gehen einige von ihnen einmal in der Woche zur unterrichtsbegleitenden Förderung. Diese wird jeden Montag von Schülerinnen der Oberstufe geleitet. Hier haben sie die Gelegenheit, Hausaufgaben zu erledigen oder für Tests zu lernen. Dabei wird das Sprachproblem, wie ich aus eigener Erfahrung feststellen konnte, überdeutlich. Während das Anwenden von grammatischen Grundregeln zumeist funktioniert, fällt es den Schülern sehr schwer, komplexe Texte oder persönliche Fragen zu verstehen. Viele kommen in den Regelklassen nicht zurecht.

Es zeigt sich auch, dass die Lehrer in den großen Regelklassen kaum eine Chance haben, sich intensiv mit den Schülern und ihrer Situation zu beschäftigen,

Manche wollen Ärzte werden. Ob dies gelingen kann, liegt nicht nur in ihren Integrationsbemühungen, sondern auch im Handeln der Politik.

sowie ihnen die Inhalte zu vermitteln. Für sie zugeschnittene Unterrichtsvorbereitung würde ebenso wie eine Weiterbildung zu viel Geld kosten.

Laut Uwe Bruns wäre eine längere Vorkurszeit etwa von zwei Jahren wesentlich besser – eine Regelung, die vor ca. vier Jahren abgeschafft wurde. Dies sei für den grundlegenden Spracherwerb dringend nötig und erleichtere den Einstieg in den Regelunterricht enorm. Die einjährigen Kurse seien viel zu kurz und lediglich für das klügste Zehntel der Schüler ausreichend. Aber eine Verlängerung koste angeblich zu viel Geld und ist somit von Seiten der Politik nicht gewollt.

Durch die zu geringe Sprachförderung werden viele der Schüler, laut Bruns, maximal einen Hauptschulabschluss erreichen – wenn überhaupt. Die darauf folgende Perspektivlosigkeit würde den Staat künftig weitaus mehr Geld kosten als eine Verlängerung der Vorkurszeit. Des Weiteren erleichtert ein besseres Sprechen der deutschen Sprache die Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt. Geschehe dies nicht, könnte es neben der Erhöhung der Arbeitslosenquote zu Frustrationen und damit zu vermehrter Gewalt und Kriminalität kommen.

Von solchen Problemen sind die Schüler im Vorkurs noch weit entfernt. Jedoch würden vor allem männliche Schüler schnell in eine dunkle Ecke gestellt. Im Vergleich zu den Mädchen hätten sie es schwerer, sich in der Gesellschaft zu integrieren. Vor al-

lem nach der Kölner Silvesternacht brächten viele Deutsche arabisch aussehenden Jugendlichen großes Misstrauen entgegen.

Dennoch fühlen sich die Schülerinnen und Schüler der Vorkurse – zumindest bei uns in Obervieland – wohl. Ihnen gefällt die politische Ordnung und sie schätzen die Freiheiten, die die deutsche Gesellschaft im Vergleich zu der in ihren Heimatländern bietet. Viele glauben daran, in Deutschland gutes Geld zu verdienen, manche wollen Ärzte werden. Ob dies gelingen kann, liegt nicht nur in ihren Integrationsbemühungen, sondern auch im Handeln der Politik.

Afghanistan: Ein sicheres Drittland? Sprachkurse werden afghanischen Flüchtlingen verweigert

Die derzeitigen Flüchtlingsbewegungen halten Europa in Atem. Es kommen immer mehr vor Krieg und Elend fliehende Menschen, und kaum eine Regierung zeigt sich noch aufnahmewillig.

Von Janek Buggeln

Dieser Andrang erfordert eine gewaltige Kraftanstrengung der Staaten und kostet sie Geld: Ein gefundenes Fressen für rechtspopulistische Parteien, die überall in Europa an Stärke gewinnen.

Was ist das Resultat? Viele Regierungen zielen darauf, die Grenzen dicht zu machen. Und seitdem die Balkanroute

Aber ist das Handeln der deutschen Regierung wirklich so human und selbstlos?

Die Antwort darauf muss wohl Nein lauten. Es ist schon sehr bemerkenswert, dass Flüchtlinge, die im Herbst 2015 vielerorts mit offenen Armen empfangen wurden, mittlerweile als illegale Einwanderer eingestuft werden und eben – von heute auf morgen – keine Chance mehr haben, weiterzureisen bzw. zurückdeportiert werden sollen. Die erschreckenden Bilder aus Idomeni und anderswo zeigen keine Wirkung mehr – auch nicht bei der deutschen Regierung.

Im Gegenteil: Um die Fluchtmigration und Pull-Faktoren zu verringern, stuft man händeringend immer mehr Länder als

Mehr als zehn Jahre Krieg in Afghanistan haben das Land weder befriedet und wirtschaftlich entwickelt, noch wirklich sicher werden lassen.

eigenmächtig von Österreich und seinen Anrainerstaaten geschlossen wurde, nehmen die Zahlen vorübergehend ab – was freilich nicht heißt, dass weniger auf der Flucht sind. Sie suchen neue, gefährlichere Wege, stauen sich in Griechenland oder werden nach dem Abkommen mit der Türkei wieder dorthin verfrachtet.

Deutschland hat hier lange eine andere Position eingenommen. Bundeskanzlerin Merkel warb im Sommer 2015 für mehr Offenheit und Akzeptanz gegenüber flüchtenden Menschen und öffnete aus humanitären Gründen die Grenzen. Damit stand sie im europäischen Raum ziemlich alleine da, und dies verlieh ihr vermeintlich eine moralische Überlegenheit gegenüber anderen Politikern und Würdenträgern Europas.

sichere Drittstaaten ein. Ein prägnantes Beispiel ist Afghanistan. Ein nach wie vor erheblicher Anteil der Flüchtlinge kommt von dort, alleine nach Deutschland kamen im Januar 2016 noch 18.000 Menschen. Und da versucht man mit der neuen großen Tragödie (Syrien) die altbekannte Tragödie (Afghanistan) zu überdecken und an dieser Ecke des Flüchtlingsproblems für Entlastung zu sorgen. Nach Meinung des Innenministers Thomas de Maizière müssten die Anzahl sowie die Geschwindigkeit der Abschiebungen nach Afghanistan deutlich steigen. Nun ist es laut Gesetz allerdings festgelegt, dass nur Flüchtlingen aus sicheren Drittstaaten das Asyl verweigert werden darf. Also muss dieser Status für Afghanistan geändert werden. Zumindest regional und punktuell sei Afghanistan

mittlerweile sicher und die Bleibeperspektive afghanischer Flüchtlinge eher gering.

Allerdings gibt es bei dieser Sache einen ziemlich großen Haken: Afghanistan ist kein sicherer Drittstaat. Seit der Intervention der USA in Afghanistan, begründet in den Anschlägen von 9/11, wurden die Taliban als vorherrschende Macht in den größten Teilen Afghanistans zwar entmachtet und vertrieben. Die Flucht der Taliban endete zu großen Teilen in Pakistan, wo sie neu erstarkten und auch von dem pakistanischen Geheimdienst ausgestattet und ausgebildet wurden. Die letzten Jahre, während der Besetzung und Demokratisierung Afghanistans, haben sie sich darauf beschränkt, vor allem Selbstmordanschläge zu planen und durchzuführen. Die offiziellen Zahlen der Anschläge in Afghanistan stiegen von 3 (2003) auf 106 (2006) drastisch an, wobei über 75% der Anschläge ausschließlich auf Zivilisten ausgerichtet waren.

Mehr als zehn Jahre Krieg in Afghanistan haben das Land weder befriedet und wirtschaftlich entwickelt noch wirklich sicher werden lassen. Und nach dem Teilabzug von UN- und Nato-Truppen aus Afghanistan läuft eine Art Rückeroberung der Taliban. Sie haben bereits einige Landstriche zurückgewonnen und angekündigt, die Großstädte Afghanistans mit Terroratacken zu überziehen. Wie stark sie mittlerweile sind, bewiesen sie nachdrücklich im September 2015, als sie Kundus, gerade jene Stadt, in der die Bundeswehr über Jahre ihre Kommandostelle hatte, für einige Wochen komplett zurückeroberten.

Vor diesem Hintergrund erscheint es geradezu zynisch, aus Afghanistan stammenden Flüchtlingen pauschal eine geringe Bleibeperspektive zu prognostizieren. Doch die Belastung durch die Flüchtlinge

wird anscheinend so stark, dass man einfach nur für Entlastung sorgen möchte. Paradox und scheinheilig in der ganzen Sache wirkt allerdings, dass man keine Kosten und Mühen scheut, um die gesetzten Ziele umzusetzen. Zum Beispiel wurden in der gesamten Stadt Kabul Plakate aufgehängt, die die Flüchtlinge davon abbringen sollen, ihr Land zu verlassen, weil sie in Europa eben kaum Bleibeperspektiven hätten. Gleichzeitig tritt Thomas De Maizière, der Innenminister, eine Dienstreise nach Kabul an, um mit der afghanischen Regierung über die Rückführung der Flüchtlinge zu verhandeln.

Und auch in Deutschland werden die Register der Abschiebung gezogen. Eben weil die Bleibeperspektive der afghanischen Flüchtlinge gering sei, verwehrt man ihnen – anders als Menschen aus Syrien, Eritrea oder dem Irak – Sprachkurse. Faktisch wurden sie pauschal zu Flüchtlingen zweiter Klasse. Wir haben dies auch gerade an unserer Schule bemerkt. Während Syrer im Herbst 2015 ganztägige Kurse besuchten, mussten die Afghanen in der Turnhalle bleiben: Fragende und verständnislose Blicke – versuchen Sie das mal jemandem zu erklären, der 5000 Kilometer geflohen ist.

All diese Umstände lassen einen Aufhorchen und sich Gedanken machen, ob die stets hochgehaltenen Werte der Menschenrechte überhaupt noch eine Rolle spielen. Für mich ist es klar: Dadurch, dass man immer mehr Länder zu sicheren Drittstaaten erklärt, werden Fluchtursachen und Flüchtlinge nicht weniger. Afghanistan ist kein sicherer Drittstaat und die Abschiebung der afghanischen Flüchtlinge ist verfassungswidrig. Da wird auch jede noch so schön illustrierte Interpretation der Sachlage seitens De Maizières nichts ändern.



Afghanische Kinder warten auf Kleidung und medizinische Grundversorgung

Interviews mit Flüchtlingen in Bremen

Die Gespräche führten Cansu Demirbas, Michelle Heinemann, Julia Hohenberger und Marie Schiermeyer.

Im Rahmen einer Projektarbeit konnten Schüler unserer Schule Interviews mit Flüchtlingen führen, die mittlerweile in Bremen sind. Zwei davon dokumentieren wir auf dieser Seite.



Fluchtalltag: Strapazen, Todesängste und eine ungewisse Zukunft.

Mit Datteln durch die Wälder

Erfahrungen von Akrouf Daukhkhal, einem Studenten aus Syrien.

Durch den Syrien-Krieg sind bislang mehr als 250.000 Menschen ums Leben gekommen. 12 Millionen sind auf der Flucht. Einer davon ist Akrouf Daukhkhal. Akrouf hatte das Glück, dass während seiner Flucht die Balkan-Route noch offen war. Er ist 21 Jahre alt und mit seinem Bruder (22) im Juni 2015 aus Syrien geflüchtet. Seit Juli leben sie in einem Container in der Überseestadt in Bremen. In Syrien hat er mit seinen Eltern, seinem Bruder und seiner kleinen Schwester (18) gelebt. Er und sein Bruder haben dort Ökologie studiert und in einem Aufnahmelager gearbeitet.

Wie habt ihr euch entschieden zu flüchten? Mein Bruder war 6 Monate in Mersin und hat gearbeitet. Wir haben immer wieder überlegt zu flüchten aber haben es nie durchgesetzt, weil wir Angst hatten und unsere Familie nicht alleine lassen wollten. Eines Nachts sind wir dann einfach ungeplant losgefahren.

Wie seid ihr nach Deutschland gekommen? Wir haben insgesamt einen Monat gebraucht. Es war sehr anstrengend und wir sind sehr viel gelaufen. Erst sind wir nach Izmir gefahren und dann mit dem Schlauchboot nach Griechenland. Wir waren 3 Stunden auf dem Schlauchboot und ich hatte Todesangst. In Griechenland sind wir durch die Berge und Wälder nach Mazedonien gelaufen. In Mazedonien waren wir 10 Tage in einem Wald und sind nach Serbien gelaufen. Ab und zu hatten wir die Möglichkeit, mit einem Schlepper oder einem Auto mitzufahren. Von Mazedonien sind wir nach Serbien und von dort nach Ungarn gelaufen. In Ungarn wurde ich dann in Haft genommen, weil ich mich nicht registrieren lassen wollte. Ich musste 400 Euro bezahlen, um da raus zu kommen. Außerdem haben mein Bruder und ich uns in Ungarn bei einem Schlepper verloren. Von Ungarn bin ich dann nach Österreich und dann nach Deutschland gekommen.

Wie hast du deinen Bruder wiedergefunden? Wir hatten Glück. Durch Internetverbindungen haben wir uns kontaktiert und in Deutschland wiedergefunden.

War Deutschland euer erstes Ziel? Nein, wir wollten eigentlich nach Großbritannien. Aber dort Asyl zu bekommen ist zu schwer, deswegen sind wir in Deutschland geblieben.

Wie habt ihr euch während der Reise gepflegt und wo habt ihr geschlafen? Wir haben nicht viel mitgenommen, weil die Flucht ungeplant war. Wir hatten unsere Handys und eine kleine Tasche und Datteln dabei. Das war alles. Wir haben darauf gehofft, dass wir Essen und Trinken an den Grenzen bekommen. Stattdessen gab es Gewalt und wir wurden mit Hunden verfolgt. Geschlafen haben wir meistens auf dem Boden. Es war zu teuer, in einem Hotel zu übernachten.

Wie viel habt ihr für die Flucht bezahlt? Wir haben insgesamt 4000 Euro ausgegeben, um nach Deutschland zu kommen und das ist relativ wenig. Unser Freund ist mit dem Flugzeug aus Beirut hierher geflogen und hat 16.000 Euro bezahlt.

Warum ist deine Familie nicht mitgekommen? Mein Vater möchte seine Heimat nicht verlassen, und meine Mutter und Schwester planen wir mit einem Visum in ungefähr einem Jahr hierher zu holen. Wir haben auch immer noch Kontakt zu ihnen.

Was wünschst du dir für deine Zukunft? Ich wünsche mir sehr, mein Studium zu beenden, ob hier oder in Syrien, ist mir egal. Ich würde gerne wieder zurück, aber ich weiß, dass das Leben hier besser ist. Ich und mein Bruder wären sehr glücklich, wenn unsere Familie es gesund hierher schaffen und mein Vater auch mitkommen würde.

Schwanger der Liebe hinterher

Interview mit Princess, einer Frau aus Nigeria

Nigeria ist ein Staat in Westafrika und mit 180 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Afrikas. Seit 2009 terrorisiert die Gruppe Boko Haram Nigeria. Boko Haram kämpft für einen islamischen Staat auf Grundlage der Scharia, die Abschaffung westlich orientierter Bildung und die Wiedereinführung der Koranschule. Sie greift hauptsächlich die Sicherheitskräfte, Schulen und Kirchen an. Durch den Terror sind schon über 14.000 Menschen umgekommen, über zwei Millionen Menschen flüchteten innerhalb des Landes und über eine Million Kinder können nicht mehr zur Schule gehen. Trotz der Zusammenarbeit Nigerias mit seinen Nachbarländern und der Gründung einer speziellen Eingreiftruppe konnte Boko Haram nicht entscheidend geschwächt wer-

den. Aber die Menschen fliehen auch vor der extremen Armut und wegen des Klimawandels, der einst fruchtbare Landstriche zu Wüsten macht. Princess, 32 Jahre alt, ist aus Nigeria geflohen und lebt seit Januar 2015 mit ihrem Freund und ihrem Baby Greta in einem Container in der Überseestadt. Ihre Familie lebt noch in Nigeria.

Wieso hast du dich entschieden zu flüchten? Ich habe mich dazu entschieden, aus Nigeria zu flüchten, da sich unsere Lebensbedingungen immer weiter verschlechtert haben. Und dann kam Boko Haram dazu. Ich hatte zu viel Angst vor den Anschlügen, und die Gruppe ist immer brutaler geworden. Ich wollte in Sicherheit leben.

Wie sah dein Leben in Nigeria aus? Ich lebte bei meiner Familie in einem abgelegenen Dorf im nördlichen Teil Nigerias. Ich hatte keinen Beruf, da ich meine Schule

nicht beenden konnte, und bin seit sieben Jahren mit meinem Freund zusammen.

Wie bist du nach Deutschland gekommen? Ich bin von Nigeria zu Fuß los, tausende Kilometer bis zum Mittelmeer. Teilweise bin ich auch mit Schleppern vorangekommen. Und dann bin ich mit dem Schlauchboot nach Italien gekommen. In Italien habe ich dann fünf Jahre lang mit meinem Freund gelebt, da wir Asyl erhalten haben. Mein Freund ist dann weiter nach Deutschland gereist, und ich bin ihm mit dem Zug hinterher gereist, wobei es aber Komplikationen an den Grenzen gab. Während der Reise nach Deutschland war ich schwanger.

Wie sieht dein Leben hier in Deutschland aus? Mein Leben hier in Deutschland ist viel besser, auch für meine kleine Tochter Greta. Wir fühlen uns sicher. Ich gehe ger-

ne durch die Stadt, schaue mir die Läden an. Aber meistens bin ich im Flüchtlingsheim und verbringe die Zeit mit meinem Freund. Wir haben dort eine kleine Wohnung bekommen und leben zusammen.

Hast du Asyl hier in Deutschland beantragt? Nein ich habe kein Asyl beantragt, da ich durch meine Tochter Greta, die hier in Deutschland geboren wurde, eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen habe. Diese ist erstmal für fünf Jahre gültig, und dann muss ich weitersehen.

Was wünschst du dir für deine Zukunft? Ich möchte mit Greta und meinem Mann glücklich und friedlich leben. Ich wünsche mir auch, dass ich richtig Deutsch lerne und meine Schule beenden kann. Ich würde gerne studieren. Ebenfalls möchte ich meine Familie wiedersehen. Ich hoffe, das geht irgendwann.



Syrische Flüchtlinge auf dem Weg nach Deutschland

Flüchtlingsheime nach Religionen trennen?

In den letzten Monaten ist es zu einigen Auseinandersetzungen in Flüchtlingsheimen gekommen und es wird vermutet, dass dies zu großen Teilen an ihren verschiedenen Religionen und Kulturen liegen könnte. Deswegen plant die deutsche Regierung spezielle Flüchtlingsheime, in denen nur Flüchtlinge einer Religion leben dürfen.

Von Lea Ruschke

Wenn man sich ein bisschen mehr mit diesem Thema beschäftigt, hinter die Kulissen schaut und nicht immer die Schuld bei den Flüchtlingen suchen würde, wird einiges klar: Diese vielen Auseinandersetzungen entstehen nicht hauptsächlich durch die Religionen oder Ethnien, sondern aufgrund ganz alltäglicher und menschlicher Faktoren, die nichts oder nur am Rande mit Religion zu tun haben.

Wer von uns würde unter solchen Umständen nicht leiden und vielleicht dadurch

zu Aggressivität neigen, wenn man in viel zu engen Räumen mit viel zu vielen Menschen lebt? Wer von uns könnte ohne Privatsphäre, bei großer Lautstärke, möglicherweise Kälte und ungewohntem Essen immer ruhig und friedlich bleiben? Und schließlich, wer von uns würde ohne sinnvolle Beschäftigung trotz oftmals qualifizierter Ausbildung in der Heimat nicht auch frustriert, hoffnungslos oder gar sauer werden? Und dann muss man auch noch zusehen, wie andere Menschen im Luxus leben und sich vieles leisten können und einfach Glück gehabt haben. Das ist kaum zu verstehen und sicher nur schwer erträglich, wenn über einem auch noch permanent die Frage lauert, ob man im nächsten Moment vielleicht doch zurück muss.

Jeder von uns möchte doch das bestmögliche Leben führen und würde dafür auch Strapazen und Konflikte in Kauf nehmen. Die gewaltsamen Angriffe auf Frau-

en in der Silvesternacht in Köln sind aus meiner Sicht ebenfalls nicht der Religion oder einem vermeintlich pauschalem islamischen Frauenbild anzulasten. Offensichtlich ging es hier um männliches, sexuelles Machtstreben, das man durchaus auch in unserer Kultur immer wieder erlebt – und nicht zu knapp. Es hat, so denke ich, eher mit bestimmten Männern und ihrer Einstellung Frauen gegenüber zu tun, nicht notwendigerweise mit der Religion.

Und wenn es tatsächlich Auseinandersetzungen wegen der Religion gibt, dann sollte man dem nicht aus dem Weg gehen, indem man sich trennt oder Grenzen und Unterschiede verwischt. Ich glaube, man sollte versuchen, miteinander umzugehen und sich zu respektieren trotz der Verschiedenheit. Dies ist nur möglich, wenn man auch etwas voneinander weiß, Vorurteile reflektiert und sachliche und möglichst persönliche Informationen vom Anderen durch echte Begegnung bekommt.

Dies erst schafft Mitgefühl für die andere Lebenssituation, und Empathie ist Grundvoraussetzung für ein friedliches Miteinander. Meines Erachtens könnte das eigene Leben auch reicher, vielfältiger und spannender durch das Kennenlernen anderer Kulturen und Religionen werden.

Ich denke, es wäre ein falsches Zeichen gegenüber den Flüchtlingen, getrennte Flüchtlingsheime zu errichten, denn so wird die Integration in ein fremdes Land noch schwieriger als sie sowieso schon ist. Noch mehr: Man muss eben die Bedingungen so gestalten, dass Integration erleichtert wird. Arbeitserlaubnis, Sprachkurse, Sportangebote, und damit insgesamt die Chance, die 'Eingeborenen' kennen zu lernen. Es gibt vieles, was hier verbessert werden kann.



Rechtspopulisten auf dem Vormarsch: Bemerkungen zur sogenannten „Alternative für Deutschland“

Fast überall in Europa wächst der Zuspruch für nationalistische rechtspopulistische Bewegungen: UKIP in Großbritannien, wo sogar schon der Austritt aus der EU beschlossen wurde, in Holland Geert Wilders mit der Freiheitspartei, in Österreich die FPÖ, in Frankreich der Front National, in Osteuropa verfolgen die Regierungen der Visegrad-Staaten eine harte Linie. Und in Deutschland scheint sich die AfD immer mehr zu etablieren.

Von Samira El Hattab

Bei den Wahlen 2016 in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg feierte die AfD den Einzug in die Landtage. Focus online beschreibt dies als einen „politischen Erdbeben“. Doch was steckt hinter dieser Partei, die auf einmal einen so großen Zuspruch aus der Bevölkerung erhält? Handelt es sich bei dem Erfolg der AfD tatsächlich um eine reine Katastrophe? Ist sie wirklich eine „Alternative“ zu unserer jetzigen Politik? Oder stecken hinter der Fassade tatsächlich nur die rechtsnationalen Beweggründe, die so viele ihnen vorwerfen? Es ist der 14. April 2013, eine neue Partei gründet sich in Berlin. Sie betitelt sich als die AfD, die „Alternative für Deutschland“. Grundsätzlich gründete sich die Partei als Reaktion auf die sich entwickelnde Europa-Politik. „Mut zu Deutschland“ heißt ihr erster Wahlslogan. Man solle sich nicht über Europa definieren, das „Abendland“, das in ihren Beschreibungen klingt wie das Paradies auf Erden, müsse wieder in den Vordergrund rücken. Deutsche Interessen, deutsches Geld, deutsche Werte, dies sind Vorstellungen, für die die AfD steht. Vor allem aber fordert die AfD die Auflösung des Euroraumes. Sie sind der Auffassung, dass die EU, vor allem mit dem Euro, gescheitert sei. Auf den Straßen entdeckt man Wahlplakate, die zum einen sehr schlicht gehalten sind. Nur mit weißer, fett gedruckter Schrift stellen sie fest, dass der Euro Europa spalten würde. Zum anderen entdeckt

man gezielte Provokationen auf den Straßen Deutschlands. Auf blauem Hintergrund ist der koreanische Diktator Kim Jong-Un fröhlich winkend abgebildet. Über seinen eng zusammengekniffenen, geschwellenen Augen, die denen eines gewissen rosa Bauernhoftiers zum Verwechseln ähnlich sehen, steht der Slogan: Was haben das dicke koreanische Kind und die EU gemeinsam? Mit Hilfe eines Absatzes entsteht auf dem Plakat eine gewollte Kunstpause. Die Pointe lässt jedoch nicht lange auf sich warten. Etwas weiter unten wird die Provokation aufgelöst: Das Demokratieverständnis.

Schaut man sich das Wahlprogramm der AfD und die Wahlplakate an, entdeckt man jedoch Themen, die sich inhaltlich widersprechen. In ihrem Programm steht zum Beispiel, dass man den Ausstieg Deutschlands aus der EU fordere, auf ihren Wahlplakaten entdeckt man jedoch nur, dass der Euro abgeschafft werden soll, doch nirgendwo ist von der kompletten Abwendung Deutschlands von der EU die Rede.

Schnell stellt man sich die Frage, ob man diese Alternative überhaupt ernst nehmen kann. Bekannt für viele wurde die AfD auch, als Oliver Welkes Satire die „Heute Show“ sie in die AfD nahm. Er besuchte die Partei auf ihren Parteitag und setzte sich dort mit ihr in spezieller Weise auseinander. Welche fragt: Ist die AfD einfach nur eine weitere rechtsnational orientierte Vereinigung? Versucht die Partei dies mithilfe der deutschlandzentrierten Politik durchzusetzen?

Dieser Verdacht bekam Zündstoff, als im Oktober 2014 die Gruppierung Pegida entstand und Politiker der AfD seit Januar 2015 offen mit ihr sympathisierten. Bei Pegida protestieren Leute, die Fremdenhass leben und das alte Deutschland und das Abendland zurückfordern. Daraus entwickelte sich im Mai 2015 ein Konflikt innerhalb der Partei. Viele der über 21.000 Mitglieder wollten sich von den rechtsnationalen Zügen der „Alternative für Deutschland“ abwenden. Es entsandten zwei Lager. Vor allem der

Parteimitglied Bernd Lucke, der bis vor kurzem noch das Aushängeschild der AfD war, sprach sich öffentlich gegen die rechtsextremen Züge aus. Das andere Lager sei „deutschnational, antiislamisch und zuwanderungsfeindlich“, lautete sein Urteil. Außerdem mache er sich ernsthaft Sorgen über die radikale Entwicklung der AfD, die er sich nicht zugehörig fühlen. Im Juli 2015 verließ Lucke schließlich die Partei und gründete eine neue. Frauke Petry wurde die Nachfolgerin von Lucke, diejenige, vor der der Aussteiger unter anderem gewarnt hatte. Petry hatte im Januar 2016 tatsächlich geäußert, dass man zur Grenzsicherung notfalls auch auf Flüchtlinge schießen solle. Und der Thüringer Fraktionsvorsitzende

rungen wie: Ehe und Familie sollen positiv dargestellt werden. Außerdem wollen sie zum Thema Bildung „starke“ Männer heranwachsen sehen, da sie die Meinung vertreten, dass die Bildung allein auf Mädchen zugeschnitten sei und diese es so viel einfacher hätten. Des Weiteren sind sie gegen Scheidungen, aber dafür, dass mehr Männer arbeiten gehen sollen. „Für die AfD ist auch die Mutter und Hausfrau ein mit hoher Wertschätzung verbundener Beruf (...). Die AfD möchte daher die häusliche Erziehung stärken.“ Alles doch sehr rückwärts-gewandte konservative Forderungen. Auch zum Thema Umweltschutz gibt es Überraschendes zu berichten. Die AfD ist der Ansicht, dass die These, der CO₂-Ausstoß habe

Häufig ist von einer westlich geschalteten Lügenpresse die Rede, die die Bevölkerung gezielt desinformiert – ein Vorwurf, der ebenfalls der Nazi-Propaganda entlehnt ist.

Björn Höcke skandierte: „Thüringer, Deutsche, dreitausend Jahre Europa, tausend Jahre Deutschland.“ Die Menge jubelt ihm zu – vielen ist wohl bewusst, dass genau so, mit dem tausendjährigen Reich, die Nazis ihren Herrschaftsanspruch begründen wollten.

Viele Politikwissenschaftler ordnen die AfD im politischen Spektrum als eine rechtspopulistische Partei ein. Wähler und vor allem die Parteimitglieder selber weisen diese Vorwürfe zurück. Aber die – mehr oder minder – deutlichen Aussagen lassen kaum Spielraum zur Fehlinterpretation. Nicht nur gegen Migranten und gegen den „lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyp“ wird gewettert. Häufig ist von einer westlich geschalteten Lügenpresse die Rede, die die Bevölkerung gezielt desinformiert – ein Vorwurf, der ebenfalls der Nazi-Propaganda entlehnt ist. Im Wahlprogramm 2016 stehen unter anderem Forde-

für die Umwelt negative Folgen, eine Propagandastrategie sei. Da werden doch einige seltsame Verschwörungstheorien im Wahlprogramm sichtbar? Das Sahnehäubchen kam dann kurz vor der EURO 2016. Der Parteivize Gauland äußerte in der FAZ zu Jerome Boateng: „Die Leute finden ihn als Fußballspieler gut. Aber sie wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben.“ Wahrscheinlich mag auch er den „afrikanischen Ausbreitungstyp“ nicht wirklich. Ist diese AfD eine Alternative? Raus aus der EU, Abschottung, Schießbefehl, tausend Jahre Deutschland, Kinder und Küche, rassistischen Irrwitz und Boateng nicht als Nachbarn. Deutschland und Europa haben ohne Frage viele Probleme – aber mit so schlichten und rückwärts-gewandten Ansichten wird man sie nicht lösen, geschweige denn erfassen.

Wertegemeinschaft ohne Asylrecht? Notizen zur deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik

Schuldenkrise, soziale Spaltung, Brexit, Flüchtlingspolitik: Die so oft beschworene „Wertegemeinschaft“ der Europäischen Union steht vor der wohl größten Zerreißprobe ihrer Geschichte.

Von Lisa Wochnik

Mit Bezug auf die Flüchtlingskrise hatte sich Deutschland durch die Öffnung der Grenzen im September 2015 in eine isolierte Position manövriert. So kritisierte unter anderem der französische Parlamentarier Malek Boutih den „gesetzeswidrigen Alleingang“ Merks. Hier seien moralische Gesichtspunkte zweitrangig. Die Masseneinwanderung schüre „Ängste der Überfremdung und stärke so rechtspopulistische Parteien“, so Boutih.

Tatsächlich hatte die Kanzlerin nicht nach EU-Recht, sondern viel mehr als Mensch gehandelt. Dies mag für viele zynisch gewirkt haben, so hatte Deutschland doch am Anfang der Krise auf das viel kritisierte Dublin-Verfahren bestanden, welches die gesamte Verantwortung auf die Länder mit EU-Außengrenzen wie Ungarn, Italien, Spanien und Griechenland abwälzt.

Vor allem in den letztgenannten Ländern war Deutschland auch durch seine strenge Politik in der Finanzkrise wenig beliebt. Auch die osteuropäischen Visegrad Staaten, etwa Polen, Ungarn und die Slowakei, kritisierten das deutsche Vorgehen sowie die europäische Gesamtsi-

tuation und lehnten die Verteilung der Flüchtlinge nach einer festen Quote ab.

Dann wurde im Herbst 2015 – nach zähem Ringen – zumindest ein Kompromissquochen durchgesetzt, das die Verteilung von 120.000 Flüchtlingen vorsah. Doch selbst dessen Umsetzung steht auf der Kippe. So erklärte etwa der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban nach einer ablehnenden Resolution des Parlamentes, die Einführung einer festen Verteilungsquote verstärke den Fluchtanreiz, sein Land wolle keine Migranten aufnehmen. Auch die Slowakei weigert sich nun, Flüchtlinge aufzunehmen. Muslimische Flüchtlinge würden sich in der Slowakei nicht wohlfühlen, da sie nicht akzeptiert werden würden, wird ein Sprecher des slowakischen Innenministeriums zitiert. Auch in Polen, wo gerade einmal 25.000 Muslime leben, vertritt man eine ähnliche Position. Durch die großen religiösen und kulturellen Unterschiede sei es nicht möglich, die Flüchtlinge zu integrieren. Hier wurde zunächst die Aufnahme von 7.000 bevorzugt christlichen Flüchtlingen zugesichert. Diese wurde jedoch nach den Anschlägen von Brüssel im März von der neuen konservativen Regierung ebenfalls zurückgezogen. Ähnlich reagierte man in der Slowakei und in Tschechien. Eine Quotenregelung in der EU scheint derzeit ferner denn je.

Zudem hat der Umschwung in der österreichischen Flüchtlingspolitik die Lage

in Europa nachhaltig verändert. Nachdem man 2015 noch um die 90.000 Flüchtlinge aufgenommen hatte, welches der höchste Pro-Kopf-Wert der EU war, ist die Regierung nun einer der Hauptverantwortlichen für die Abriegelung der Balkanroute. Hatte man noch 2015 Ungarn für das Aufstellen von Zäunen kritisiert, errichtete Österreich nun selbst einen solchen an seiner Südgrenze mit der Absicht, keine weiteren Flüchtlinge mehr aufzunehmen. Darüber hinaus hatte man – nunmehr auch im Alleingang – mit vielen Balkanländern auf einer eigenen Konferenz beschlossen, diese Route ab März 2016 überall zu schließen. Damit nimmt Österreich auch Einfluss auf die deutsche Politik und gewinnt durch die zu Deutschland konträre Haltung auf diplomatischer Ebene an Bedeutung. Österreich ist besorgt um den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wohlstand des Landes. Dies tritt in vielen Ländern auf, wobei die Flüchtlingspolitik als Ventil der Unzufriedenheit dient. Laut einer Studie des Pew Research Centers in Washington D.C. sind ungefähr Dreiviertel der Europäer unzufrieden mit der Flüchtlingspolitik der Staatengemeinschaft.

Aber auch von der oftmals als naiv kritisierten deutschen Willkommenspolitik ist mittlerweile wenig übriggeblieben. Viele empfanden die Schließung der Balkanroute offenbar als angenehm – zumal nicht selbst angestoßen. Außerdem wurde mit der Türkei ein höchst fragwürdiges Abkommen

vereinbart, wonach die in Griechenland anstrandenden Flüchtlinge wieder zurückgeführt werden sollen. So haben sich von Februar bis April die Einreisezahlen tatsächlich von 36.000 auf 4.000 verringert, und die Situation in den Notunterkünften entspannt sich. Allerdings muss man erkennen, dass die Flüchtlinge neue Routen entwickeln. Zum einen gelangen sie nun wieder vermehrt über das Mittelmeer und Italien, aber auch über die Schweiz nach Deutschland, zum anderen über Bulgarien, Rumänien, die Ukraine und Polen. Außerdem sind die Schlepperbanden weiterhin ein großes Problem, diese wissen genau, wo und wann die Grenzzäune in Serbien oder Ungarn durchlässig sind. So gelangten Mitte Mai trotz Abriegelung der Balkanroute in einer Woche etwa 880 Menschen nach Ungarn.

Europa bleibt in der Flüchtlingsfrage höchst zerstritten. Die Schließung der Balkanroute und das umstrittene Abkommen mit der Türkei haben die Situation in den europäischen Ländern vorübergehend etwas beruhigt. Die Flüchtlinge gibt es freilich noch, nur sieht man sie nicht mehr so oft, sie sind weiter weg und weniger im Fernsehen. Sie werden aber wohl neue Wege finden. Europas Aufgabe bleibt bestehen, und es wird sich zeigen, ob man sich zu einem gemeinsamen, vielleicht sogar asylrechtsschützenden Vorgehen durchringen kann. Die Chancen dafür sind aber in den letzten Monaten nicht wirklich besser geworden.



Wandbild zu europäischer Flüchtlingspolitik in Frankfurt am Main

Das Abkommen zwischen der EU und der Türkei

Mit dem Türkei-Abkommen soll der Migrationsfluss nach Europa geregelt werden. Tatsächlich sind die Flüchtlingszahlen in den letzten Monaten seit der Grenzschließung an der Balkanroute und dem Inkrafttreten des Abkommens deutlich gesunken. Gleichwohl hagelt es heftigste Kritik von Menschenrechtsorganisationen an dem Abkommen.

Von Anastasija Cherednichenko und Sabrina Kolinko

Was steht drin?

Das Abkommen besagt, dass alle Flüchtlinge, die von der Türkei aus nach dem 20. März 2016 nach Griechenland gereist sind, in die Türkei zurückkehren müssen. Für Flüchtlinge, die noch keinen Asylantrag gestellt haben oder deren Antrag für unzulässig erklärt wurde, erfolgt eine sofortige Rückführung. Für die Rücknahme eines Flüchtlings in die Türkei soll ein anerkannter Flüchtling aus der Türkei von der EU aufgenommen werden. Allerdings ist auch hier eine Obergrenze von 72.000 Personen vorgesehen.

Durch diesen Deal sollen Flüchtlinge davon abgehalten werden, weiterhin von der Türkei aus mit Booten nach Griechenland bzw. in die EU zu kommen und dafür tausende Euro an Schlepper zu zahlen. Mit Hilfe Griechenlands soll die Türkei auch dafür sorgen, dass die Fluchttrouten nicht einfach nur verschoben, sondern geschlossen werden. Um eine gute Versorgung der Flüchtlinge in der Türkei zu garantieren, stellt die Europäische Union drei Milliarden Euro zur Verfügung. Ein weiterer, viel diskutierter Punkt des Abkommens ist die Visafreiheit für türkische Staatsbürger. Durch die Visafreiheit würden türkische Staatsbürger die Erlaubnis bekommen, sich 90 Tage innerhalb eines halben Jahres ohne Visum in der EU aufzuhalten. Präsident Erdogan erwartet dies quasi als weitere Gegenleistung für den Flüchtlings-Deal.

Schwierigkeiten und was die Welt davon hält Scharf von der UN kritisiert, rücken die Schattenseiten des Türkei-Deals in den Vordergrund: Von einem Tag auf den anderen wurden hier Flüchtlinge von willkommenen Migranten zu illegalen Einwanderern. Das Schicksal der Menschen entscheidet sich nun nach langen Wartezeiten in griechischen Flüchtlingslagern. Überfüllung, Gewalt, Angst und Frustration bestimmen dort den Alltag. Auch Menschenrechte würden von der EU beim Türkei-Abkommen einfach ignoriert. Pro Asyl stellt fest, dass in den griechischen Aufnahmelagern quasi rechtlose Zustände herrschen – sogar Menschen, die bereits einen Asylantrag gestellt hatten, werden nun abgeschoben. Der UN-Sonderberichterstatter Crépeau fordert den europäischen Gerichtshof dazu auf, das Türkei-Abkommen zu untersuchen. Ebenso hagelt es Kritik von den NGOs Human Rights Watch und Amnesty International, denn die Türkei könne niemals als ein „sicherer Drittstaat“ bezeichnet werden.

In den griechischen Flüchtlingscamps kam es zu Protestaktionen: festgesetzte Flüchtlinge zündeten Mülltonnen als Zeichen des Protests an. Nicht nur die UN, sondern auch zwei betroffene Flüchtlinge wendeten sich an den Europäischen Gerichtshof und haben Klage gegen das Abkommen eingereicht. Die Klagen werden derzeit im Hinblick auf den ungenügenden Schutz der Flüchtlinge und die Vernach-

lässigung der Menschenrechte geprüft.

Die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ stellte zudem ihre Arbeit im „Hotspot“ Moria auf der Insel Lesbos ein. Ihre Begründung: Sie können diesem Abkommen mit der Türkei aufgrund der vernachlässigten humanitären Schutzbedürfnisse nicht zustimmen.

Heiligt der Zweck die Mittel?

Pragmatiker behaupten, das Abkommen habe seinen Zweck zum Teil erfüllt. Die abschreckende Wirkung könnte nicht besser nachgewiesen werden, als durch die sinkenden Flüchtlingszahlen. Tatsächlich registrierte das UNO Flüchtlingshilfswerk UNHCR einen deutlichen Rückgang der Zahlen. Seit dem 20. März sollen nur noch 110-400 Personen pro Tag in Griechenland angekommen sein. Im Herbst 2015 waren es täglich bis zu 3500 Personen.

Aber ist jetzt alles gut, nur weil die Zahlen sinken? Im Grunde ist dies eine Haltung, die die Menschenrechte verachtet, wenn Asylanträge in Europa, bzw. Griechenland nur noch zufällig oder gar nicht mehr gestellt werden können. Ohne Prüfung werden die Flüchtlinge wieder in ein Land zurückgeführt, das ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Menschenrechte aufkommen lässt. Es gibt Berichte, wonach zurückgeführte Flüchtlinge inhaftiert oder sogar nach Syrien abgeschoben wurden. Auch ist das repressive Vorgehen in der Türkei gegen Regierungskritiker weithin bekannt. Sie laufen Gefahr, aufgrund ihrer Kritik des Terrorismus beschuldigt zu werden. Jüngste Haftstrafen gegen kritische Journalisten zeigen auch, dass Presse- und Meinungsfreiheit schwer beschädigt sind. Welchen Schutz können da Flüchtlinge erwarten?

Und die türkische Regierung pokert weiter. Sie hat gute Karten bei dem Kräftemessen mit der EU. Im Mai hat Ankara den Deal auf Eis gelegt mit der Begründung, man fühle sich nicht an das Abkommen gebunden, solange Europa nicht zu seinen Zusagen stehe. Für die türkische Regierung war die Visafreiheit eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Abkommen. Die Visafreiheit könne aber erst gewährleistet werden, wenn die türkischen Anti-Terror-Gesetze entschärft werden, wonach schon Regierungskritiker als Terroristen definiert werden. Deshalb sei die gewünschte Durchsetzung bis Anfang Juli laut Merkel nicht möglich. Die Türkei legte daraufhin eine Zwangspause in den Verhandlungen ein, was faktisch einem Rücknahmestopp von Flüchtlingen entspricht.

Es bleibt abzuwarten, ob und wie sich die Umsetzung dieses zweifelhaften Flüchtlingsdeals weiter entwickelt. Einige Effekte sind aber jetzt schon unübersehbar: Von einem Individualrecht auf Asyl kann an der Europäischen Grenze kaum mehr geredet werden. Gleichzeitig verschlimmert sich die Situation in den griechischen Lagern weiter. Schließlich werden auch wieder andere Fluchtwege nach Europa gesucht. Seit dem Abkommen sinken die Zahlen der Flüchtlinge in Griechenland, dafür steigen wieder die Zahlen derjenigen, die von der afrikanischen Küste aus starten. Und damit steigen auch wieder massiv die Zahlen der Menschen, die bei diesen riskanten Fluchtversuchen ertrinken. Folgerichtig sollen Abkommen nach dem Türkei-Vorbild mit sogenannten sicheren Drittstaaten Nordafrikas vorbereitet werden.



Türkei: Irgendwo zwischen Diktatur und Demokratie

Seitdem die Artikel zum Türkei-Abkommen verfasst wurden, haben sich die Ereignisse überstürzt. Gegen Präsident Erdogan gab es offenbar einen Putschversuch, dessen Hintergründe jedoch für Außenstehende nicht umfassend klar sind. Fakt ist aber, dass der Ausnahmezustand ausgerufen, zehntausende Staatsbedienstete, Beamte, Lehrer, Richter umgehend entlassen und die europäische Menschenrechtskonvention zu großen Teilen ausgesetzt wurden. Die türkische Regierung nennt dies selbst „Säuberungen“, und das schnelle Vorgehen lässt vermuten,

dass zuvor schon lange Listen von unliebsamen Staatsbediensteten existiert haben mussten. Anzunehmen ist überdies, dass nicht nur Oppositionelle aus dem Lager der Gülen-Bewegung nun verstärkte Repressalien zu befürchten haben. Erdogan sichert und verstärkt seine Macht, und Machtkonzentration dieser Art entspricht demokratischen Grundsätzen nicht.

Wie der Konflikt in der Türkei sich entwickelt, welche auch internationalen Auswirkungen er hat, ist noch völlig offen. Offensichtlich ist aber, dass die nachfolgend thematisierte Problematik um das Türkei-Abkommen nicht geringer wird: Im Gegenteil!

Redaktion heimatlos, August 2016

Umstritten, rechtswidrig und menschenverachtend

Es ist schon ausgesprochen eigentümlich, wie extrem sich die Haltung in der Flüchtlingspolitik verändert hat. Nach einer moralisch begründeten und letztlich unilateralen Grenzöffnung, für die auch der Blick auf individuelle Schicksale ausschlaggebend war, und einem damit einhergehenden Schub der Willkommenskultur, offenbart der Türkei-Deal ein völlig anderes Gesicht.

Ein Kommentar von Anastasija Cherednichenko

Dieser wurde im März ausgehandelt, als die Grenzen an der Balkan-Route – ebenfalls ohne gemeinsame Absprache – von Österreich und den angrenzenden Balkanländern bereits geschlossen worden waren. Die Türkei soll nunmehr Flüchtlinge aus Griechenland zurücknehmen, im Gegenzug erklärt sich die EU bereit, anerkannte syrische Flüchtlinge aus der Türkei aufzuneh-

men. Zudem sollen der Türkei Milliarden von Euro an Unterstützung und Visafreiheit für ihre Bürger zugesprochen werden. Für mich hört sich das so an, als ob Menschen als Handelsware betrachtet und gegen viel Geld getauscht werden. Außerdem sehe ich die Türkei als keinen vertrauensvollen Partner. Etliche Menschenrechtsverletzungen wurden in der Türkei registriert. Selbst in türkischen Flüchtlingscamps herrschen katastrophale Zustände, schutzsuchende Flüchtlinge werden schon an der Grenze abgewiesen etc.

Das Recht auf Asyl gehört zu den grundlegenden Menschenrechten. Ein Abkommen, welches gegen Menschenrechte verstößt, verachtet die Grundwerte Europas. Die Türkei nutzt die Schwächen der EU für ihre eigenen Interessen aus. Durch außergewöhnliche Sonderrechte im EU-Türkei-Abkommen kann die Türkei selbst auswählen, welche Flüchtlinge in die EU kommen. Bisher war das im-

mer die Aufgabe des Flüchtlingshilfswerks UNHCR. Dies hat zur Folge, dass die Türkei meist ungebildete und schwer verletzte Flüchtlinge in die EU einreisen lässt.

Des Weiteren nutzt der türkische Präsident Erdogan das Abkommen, um die Visafreiheit der Türken für Reisen in die EU voranzutreiben. Der Deal erntet viel Kritik, unter anderem von Amnesty International und der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl, soll aber als Vorlage für „Migrationspartnerschaften“ mit anderen Staaten wie Libanon, Jordanien oder Nigeria dienen. Andere, noch unsicherere Staaten sollen Flüchtlinge gegen finanzielle Unterstützung und Handelsverträge aufnehmen. Soll das etwa die Lösung der Flüchtlingskrise sein?

Eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik ist entscheidend für die Zukunft der Europäischen Union. Dass die Regierungen, allen voran die deutsche, nach ih-

rer liberalen Flüchtlingspolitik unter Druck stehen, ist klar. Und dass hier Lösungen gesucht werden müssen, steht völlig außer Frage. Mit diesem kleinsten gemeinsamen Nenner aber, den der Türkei-Deal darstellt, werden Grundwerte dieser so oft hervorgehobenen Wertegemeinschaft EU aufgegeben. Faktisch wird ein Recht auf Asyl abgeschafft. Hunderttausende Menschen werden zu einer Verschiebemasse für politische Interessen. Das Ganze zudem als Vorbild für Abkommen mit weiteren Ländern zu sehen, die noch unsicherer sind als die Türkei, ist ein Offenbarungseid. Ob die EU auf die Vorwürfe von Amnesty International und anderer Organisationen eingeht und das Türkeiabkommen streicht, ist sehr fraglich. Denn das pragmatische Ziel ist klar: Flüchtlinge sollen so weit von Europas Grenzen weg bleiben, wie nur möglich: Aus den Augen, aus dem Sinn.



Syrische Flüchtlinge versuchen über den Balkan nach Zentraleuropa zu gelangen

Abschiebung für Geld – Das Türkei-Abkommen als Blaupause für ‚sichere Drittstaaten‘

Was macht die EU, wenn sie mit der Türkei ein erfolgversprechendes Abkommen zur Rücknahme von sogenannten illegalen Flüchtlingen abgeschlossen hat? Richtig: Sie versucht, mit weiteren Ländern ganz ähnliche Abkommen abzuschließen.

Ein Kommentar von Svenja Röling

Im Fokus stehen dabei afrikanische Länder wie Tunesien, Algerien und Niger, aber auch die Nahost-Staaten Jordanien und Libanon. Clever, könnte man meinen,

schließlich kommen dann die Flüchtlinge nicht mehr an die europäischen Grenzen.

Aber wie ist es um diese Länder bestellt? Diese Staaten haben allesamt große ökonomische Probleme. Die nordafrikanischen Länder haben nach dem arabischen Frühling alles andere als stabile Regierungen, der Libanon hat jetzt schon fast so viele Flüchtlinge wie Einwohner und auch die Situation der Flüchtlinge in den nordafrikanischen Ländern wird von Hilfsorganisationen jetzt schon als dramatisch und menschenunwürdig betrachtet.

Es liegt auf der Hand: Staaten, die große wirtschaftliche, soziale und politische Probleme haben, lassen sich am leichtesten durch ein paar Hilfgelder locken. Die EU versucht also ihr Problem der Flüchtlingskrise nicht zu lösen, sondern einfach in die Länder zu verlagern, die sowieso schon seit Jahrzehnten in Schwierigkeiten stecken: Wassermangel, ein viel zu knappes Angebot an Nahrung, kaum medizinische Versorgung, staubtrockenes Klima und – wie mehrfach untersucht – wenig Rechtsstaatlichkeit und viel Korruption.

Meiner Meinung nach sind das nicht gerade die besten Kandidaten, die sich um Migranten kümmern sollten. Und es ist kein Wunder, dass diese Länder nur aufgrund von Finanzhilfen solche Abkommen eingehen würden. Es ist aber bedenklich, dass die EU dieses Spiel spielt und die Situation ausnutzt. Hauptsache, die Flüchtlinge kommen nicht in die Nähe der Wohlstandsgrenze – was mit ihnen jenseits dieser Grenze geschieht, ist egal.

Australiens Politik der Abschreckung

Während Europa keine gemeinsame Position findet und um Flüchtlingsquoten zankt, werden in Australien knallhart Maßnahmen durchgesetzt. Die Regierung hat dabei ein klares Ziel: Australien setzt auf Abschreckung und Abschiebung.

Von Janine Schmidt

Kriegsschiffe kreuzen vor der Küste und sammeln Bootsflüchtlinge ein, bevor diese Australien erreichen, und verfrachtet sie auf Nachbarinseln Australiens, etwa Nauru oder Papua-Neuguinea. Diese Nachbarinseln werden von der australischen Regie-

rung finanziell massiv unterstützt, damit die Flüchtlinge dort bleiben. Was auf den Inseln mit ihnen passiert, spielt dann keine Rolle. Sie kommen in Internierungslager. Berichten verschiedener Menschenrechtsorganisationen zufolge sollen dort schreckliche Zustände herrschen, mangelhafte Versorgung, Frauen berichten von Vergewaltigungen, Menschen sollen gefoltert werden. Es gibt regelmäßig Demonstrationen gegen diese Asylpolitik und die Internierungslager. Doch tatsächlich scheint die Mehrheit der Australier diese Politik zu unterstützen. Und die australische Regierung gibt alles: Bis 2015 gab sie rund 16 Millionen US-Dollar

für eine Werbekampagne aus, in der allen potentiellen Flüchtlingen klar gemacht werden soll, dass sie gar nicht erst versuchen sollen nach Australien zu kommen: „No way – you will not make Australia home“.

Dabei muss man bedenken, dass Australien selbst ein Einwanderungsland ist und heutzutage immer noch viele Bürger Australiens nicht im Land geboren wurden. Die australische Wirtschaft profitiert auch durch diese Einwanderer. Dennoch setzt man auf Abschreckung der Flüchtlinge. Tony Abbott, ehemaliger Premierminister Australiens, meint, dass seine Politik der Abschreckung und Abschiebung

die einzige Lösung sei. Er empfiehlt Europa deswegen, seine Politik nachzuahmen.

Nach Aussagen von Jane McAdam, Flüchtlingsexpertin der Universität von New South Wales in Sydney, verstößt diese Politik klar gegen die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und auch gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Die Genfer Flüchtlingskonvention verpflichtet Länder, die diese Konvention unterschrieben haben, Flüchtlingen Asyl zu gewähren. Tatsächlich scheint der Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für Australien gestrichen worden zu sein.



Hochglanz-Abschreckung: Australische Werbekampagne aus dem Jahr 2014

Nach Aussagen von Jane McAdam verstößt diese Politik klar gegen die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und auch gegen die Europäische Menschenrechtskonvention.

Australien – ein Vorbild für Europa?

Von Sabrina Kolinko

Australiens Umgang mit Flüchtlingen zielt auf Abwehr und Abschreckung. Verteilt auf die umliegenden Inseln, leben sie in Internierungslagern unter katastrophalen Bedingungen. Nicht nur der ehemalige Premierminister Australiens, Tony Abbot, empfiehlt diesen Umgang auch gerade der Europäischen Union. Und tatsächlich: Österreichs junger und dynamischer Außenminister Sebastian Kurz schlägt vor, Flüchtlinge, die den Weg über das Mittelmeer nehmen, ebenfalls abzufangen, diese auf nahegelegenen Mittelmeerinseln zu internieren und sie gar

nicht erst auf festen europäischen Boden zu lassen. Sein Vorbild: Australien.

„Wer auf einer Insel wie Lesbos bleiben muss und keine Chance auf Asyl hat, wird eher bereit sein, freiwillig zurückzukehren, als jemand, der schon eine Wohnung in Wien oder Berlin bezogen hat“, meint Kurz. Aber zwingen wir die Flüchtlinge durch solche Aktionen nicht schon dazu, wieder zurück in ihr Land zu gehen? Hauptsächlich soll es abschreckend wirken, damit weniger Flüchtlinge den gefährlichen Weg über das Mittelmeer nehmen. Doch damit ist ihnen auch nicht geholfen. Viele würden wieder zurück in ihr Land wollen, doch mindestens genauso viele

würden versuchen auf den Inseln zu bleiben, weil sie noch Hoffnungen haben. Das könnte dann auch, wie auf Inseln nahe Australien schon geschehen, dazu führen, dass die Menschen es dort nicht mehr aushalten und sich etwas antun! Es gab schon viele in solchen Internierungslagern, die sich selbst anzündeten und auf diese schreckliche Weise auf ihr Schicksal aufmerksam machen wollten. Dies kann doch nicht im Sinne der Europäischen Union sein.

Ein weiterer, von Sebastian Kurz anscheinend nicht bedachter Punkt ist die wirtschaftliche Lage der Mittelmeerinseln. Viele von ihnen sind beliebte Urlaubsziele, deren wichtigste Einnahme-

quelle der Tourismus ist. Würden dort Internierungslager entstehen, wäre das schlecht für den Tourismus auf der Insel.

Sebastian Kurz muss also mit Widerständen rechnen. Aber immerhin hat er es geschafft, dass Australiens Abschreckungsstrategie jetzt tatsächlich diskutiert wird – und er hat schon einige Befürworter gefunden. Ob er mit diesem Plan in der EU jedoch weit kommt, ist fraglich. Die australische Position zum Umgang mit Flüchtlingen wird schließlich mit gutem Grund scharf kritisiert. Dieser Plan führt zu keinem guten Lösungsansatz, geschweige denn zu einer richtigen Lösung und schon gar nicht zur Beseitigung der Fluchtursachen.

Fluchtursachen jenseits von Krieg und Verfolgung

65 Millionen Menschen sind mittlerweile weltweit auf der Flucht, so viele wie noch nie zuvor. Die große Mehrheit davon bleibt jedoch im eigenen Land oder auf ihrem Kontinent. Nur die wenigsten haben überhaupt die Möglichkeit, nach Europa, Australien oder in die USA zu kommen. Wenn an Flucht gedacht wird, dann denkt man in erster Linie an Krieg, Terror und Verfolgung. Aber was ist mit den Millionen, die nicht unmittelbar darunter leiden, sich aber trotzdem auf den Weg machen, diejenigen, die gerne griffig als „Wirtschaftsflüchtlinge“ bezeichnet werden?

In der letzten Ausgabe von „heimatlos“ hatten wir einige Artikel zusammengestellt, die ökonomische Fluchtursachen genauer beleuchten. Die Rede ist von Land-Grabbing, Überproduktion, Exportpolitik und vielem mehr. In dieser Ausga-

be wird die Fischereipraxis vor der afrikanischen Küste thematisiert (siehe Seite 14).

Weltweit wird wahrgenommen, dass die Schere zwischen arm und reich vielerorts immer weiter auseinanderklafft. Das gilt im Übrigen nicht nur für das „reiche“ Deutschland, sondern ist mittlerweile endlich auch in der EU als Problem wahrgenommen. Vor allem aber wird dies auch in den vielen Ländern mit einem großen Maß an absoluter Armut wahrgenommen – und dies in einer Zeit, wo dank der medialen Globalisierung Bilder des Reichtums bis in den letzten Slum Eingang finden.

Im Folgenden dokumentieren wir einen Armutsbericht der Vereinten Nationen und einen Auszug aus einem Interview mit Jean Ziegler, dem ehemaligen UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung.

Redaktion heimatlos

Wir lassen sie verhungern!

Auszüge eines Interviews mit Jean Ziegler, ehemaliger Sonderberichterstatter der UN für das Recht auf Nahrung.

„(...) Die Liberalisierung der Finanzmärkte hat zu einer unbeschreiblichen Dominanz des Finanzkapitals und zu unregulierten Anlageformen geführt. In der Finanzkrise 2008 und 2009, die dadurch erst möglich wurde, hat der Banken-Banditismus riesige Vermögenswerte an den Finanzmärkten vernichtet. Dann sind die Hedgefonds und Großbanken umgestiegen auf die sichereren und lukrativen Rohstoffbörsen. Sie machen dort ganz legal astronomische Profite mit Mais, Getreide und Reis mit Wetten auf den Preisanstieg. Die Finanz-

krise hat zu massiver Börsenspekulation auf Grundnahrungsmittel geführt, damit zur Preisexplosion, die weitere Millionen Menschen zu Opfern von Hunger macht.

(...) Neoliberalismus und Freihandel haben mit Freiheit überhaupt nichts zu tun. Das ist eine riesige Lüge, es ist die Freiheit des Raubtiers im Dschungel, etwa wenn Nestlé gegen ein afrikanisches Bauernsyndikat antritt, dann ist dies als ob der Schwergewichtsweltmeister im Boxen gegen einen arbeitslosen, ausgehungerten Bengalen in den Ring geschickt wird.“

www.bpb.de/dialog/145727/wir-lassen-sie-verhungern-interview-mit-jean-ziegler



Leben im Slum: Jugendlcher aus Jakarta, Indonesien

Die Gesichter der Armut

Mehr als eine Milliarde Menschen auf der Welt müssen von weniger als einem Dollar pro Tag leben. Weitere 2,7 Milliarden haben weniger als zwei Dollar pro Tag zum Überleben. Die Armut in den Entwicklungsländern geht jedoch weit über die Einkommensarmut hinaus. Sie bedeutet auch, jeden Tag mehr als eineinhalb Kilometer zu Fuß laufen zu müssen, bloß um Wasser und Brennholz zu beschaffen; sie bedeutet auch, an Krankheiten zu leiden, die in den reichen Ländern schon vor Jahrzehnten ausgerottet wurden. Jedes Jahr sterben elf Millionen Kinder, die meisten unter fünf Jahren und mehr als sechs Millionen von ihnen an absolut vermeidbaren Ursachen wie Malaria, Durchfall und Lungenentzündung. In einigen bitterarmen Ländern besuchen weniger als die Hälfte der Kinder die Grundschule und weniger als 20 Prozent weiterführende Schulen. Insgesamt 114 Millionen Kinder auf der ganzen Welt erhalten nicht einmal eine Grundbildung und 584 Millionen Frauen sind Analphabeten.

Nachstehend werden einige grundlegende Fakten angeführt, die die Ursachen und die Erscheinungsformen der Armut illustrieren, von der mehr als ein Drittel der Menschheit betroffen ist. Zusammengestellt aus: <http://www.un.org/Depts/german>



Gesundheit

- Jedes Jahr sterben sechs Millionen Kinder vor ihrem fünften Geburtstag an Mangelernährung.
- Mehr als 50 Prozent der Afrikaner leiden an durch Wasser übertragenen Krankheiten wie Cholera und Säuglingsdurchfall.
- Alle 30 Sekunden stirbt ein afrikanisches Kind an Malaria – das sind mehr als eine Million Kinder pro Jahr.



Hunger

- Jeden Tag gehen mehr als 800 Millionen Menschen, davon 300 Millionen Kinder, hungrig zu Bett.
- Von diesen 300 Millionen Kindern sind nur 8 Prozent Opfer einer Hungersnot oder anderer Notsituationen. Mehr als 90 Prozent leiden an langfristiger Mangelernährung und Mikronährstoffmangel.
- Alle 3,6 Sekunden verhungert ein Mensch; die große Mehrzahl sind Kinder unter 5 Jahren.



Wasser

- Mehr als 2,6 Milliarden Menschen – über 40 Prozent der Weltbevölkerung – fehlt es an grundlegenden sanitären Einrichtungen und mehr als eine Milliarde Menschen holen ihr Trinkwasser nach wie vor aus verunreinigten Quellen.
- Vier von zehn Menschen in der Welt haben nicht einmal zu einer einfachen Latrine Zugang.
- Fünf Millionen Menschen, zumeist Kinder, sterben jedes Jahr an durch Wasser übertragenen Krankheiten.



Landwirtschaft

- Im Jahr 1960 war Afrika ein Nettoexporteur von Nahrungsmitteln; heute importiert der Kontinent ein Drittel seines Getreides.
- Mehr als 40 Prozent der Afrikaner sind nicht einmal in der Lage, sich täglich ausreichend zu ernähren.
- Infolge der abnehmenden Bodenfruchtbarkeit, der Bodendegradation und der Aids-Pandemie ist die Nahrungsmittelproduktion pro Kopf in den letzten 25 Jahren um 23 Prozent gesunken, obwohl die Bevölkerung drastisch angewachsen ist.
- Für einen afrikanischen Bauern ist der Preis für herkömmliche Düngemittel zwei- bis sechsmal höher als der Weltmarktpreis.



Auswirkungen der Armut auf Frauen

- Mehr als 40 Prozent der Frauen in Afrika haben keinen Zugang zu einer Grundbildung.
- Mütter mit Schulbildung lassen ihre Kinder zu 50 Prozent mehr impfen als Mütter ohne Schulbildung.
- Die Überlebensrate von Kindern, deren Mütter über eine fünfjährige Grundschulbildung verfügen, ist 40 Prozent höher als bei den Kindern von Müttern ohne Schulbildung.
- Für eine in Afrika südlich der Sahara lebende Frau liegt die Wahrscheinlichkeit, während der Schwangerschaft oder bei der Entbindung zu sterben, bei 1 zu 16. Im Vergleich dazu liegt das Risiko für eine nordamerikanische Frau bei 1 zu 3.700.

Piraterie in Somalia – ein hausgemachtes Problem?

Wer an Somalia denkt, der denkt zuerst an Bürgerkrieg und moderne Piraterie. Doch gibt es noch andere Gründe, warum so viele Menschen Piraten werden?

Von Samira Akcigöz und Amina Haid

Somalia ist eines der ärmsten Länder am Horn von Afrika. Jahrzehntelanger Bürgerkrieg, Terror der Al Shabaab-Miliz, Dürrekatastrophen und eine Regierung ohne Macht haben die Lebensgrundlagen der Bevölkerung vielerorts zerstört. Nach wie vor flüchten sehr viele Menschen aus Somalia.

Das sind aber nicht die einzigen Probleme Somalias: Auch europäische und asiatische Fangflotten verstärken die Armut in dem Land. Die Gewässer vor der somalischen Küste sind reich an Speisefischen wie Schwertfisch, Thunfisch und auch Hum-

mer. Für die somalische Bevölkerung ist die Fischerei eine wichtige Lebensgrundlage. Da Somalia keine funktionierende Regierung und damit auch keine Küstenwache hat, begannen riesige Trawler aus Industrieländern wie Japan, Korea, USA, Kanada und Europa die Meere vor den Küsten Afrikas für den Weltmarkt auszuplündern.

Wegen der Überfischung schrumpften auch die küstennahen Fanggründe. Aber nicht nur das: Der Bürgermeister der somalischen Hafenstadt Eyl berichtet: „Diese Schiffe haben sogar die Ausrüstung der Fischer gestohlen. Einige Menschen wurden getötet. Die Fischer haben beschlossen sich zu rächen und die ausländischen Trawler zu vertreiben. Und das ist so weit eskaliert, dass sie Frachtschiffe entführt haben.“ So wurden ab 2008 Tanker, Containerschiffe oder Jachten aus Industrieländern gekapert, ge-

plündert oder sogar entführt, um Lösegeld zu erpressen und um einen Anteil an den „Segnungen“ der Globalisierung erlangen.

Um der Piraterie ein Ende zu setzen und die Handelswege nach Fernost wie-

stören Camps, Boote und Ausrüstung der Piraten. Durch diese Maßnahmen wurde die Piraterie weitgehend eingeschränkt.

So schaffte es die Internationale Gemeinschaft zwar, die somalischen Piraten

So schaffte es die Internationale Gemeinschaft zwar, die somalischen Piraten zu bekämpfen. Aber die Armut bleibt.

der zu sichern, haben seit 2009 Reedereien private Sicherheitsdienste zur Selbstverteidigung eingesetzt, auch wurde das Atalanta Ocean Shield und die Combined Task Force 151 unter Führung der NATO beschlossen: Kriegsschiffe und Kampfhubschrauber der Anti-Piraterie-Operationen kontrollieren die Seewege und zer-

zu bekämpfen. Aber die Armut bleibt. Und mit den Anti-Piraten-Patrouillen sind auch die illegalen Fischtrawler zurückgekommen. Der Somaliaexperte Rashid Abdi erklärt: „Wenn Europa sich nicht um die illegale Fischerei kümmert, bestätigt das nur das Vorurteil: Europa ist das gleichgültig, solange keine Schiffe angegriffen werden.“



US-Navy auf Patrouille vor der Küste Somalias

Hintergrund: Die Terrormiliz Al-Shabaab

Der Name Al-Shabaab scheint zunächst unverfänglich: Er bedeutet „die Jugend“. In Wahrheit handelt es sich aber um eine islamistische Terrormiliz, die seit 2006 im somalischen Bürgerkrieg aktiv ist und inzwischen auch die Nachbarstaaten am Horn von Afrika terrorisiert.

Von Amina Haid

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts Anfang der 1990er Jahre entbrannte auch in Somalia ein blutiger Bürgerkrieg um die neue Machtaufteilung. Trotz aller ziviler und militärischer Interventionen der UN und auch primär der USA, welche die Neuordnung in der Region nach dem Sturz des Diktators Siad Barré nach ihren Interessen beeinflussen wollten, entstand in Somalia ein failed state, ein gescheiterter Staat, in dem es kein Gewaltmonopol und keine funktionierende Zentralregierung mehr gibt. Der Bürgerkrieg, der zur Gründungszeit von Al-Shabaab bereits 15 Jahre andauerte, konnte aber bis 2006 von der gemäßigten Union islamischer Gerichtshöfe zwar nicht

befriedet, aber phasenweise doch einigermaßen unter Kontrolle gehalten werden. Dann aber schafften es die Islamisten von Al-Shabaab dank ihrer guten Ausrüstung und der sehr motivierten Kämpfer weite Teile des südlichen Somalia zu erobern. Heute kämpft die Miliz nicht nur gegen die somalische Zentralregierung, deren Einfluss hauptsächlich auf die Hauptstadtregion beschränkt ist, sondern auch gegen die unterstützenden Truppen der Afrikanischen Union. Die Zielvorstellung der islamischen Milizen ist sowohl die Errichtung eines islamischen Staates als auch die Beteiligung an einem weltweiten Dschihad.

Al Shabaab ist verantwortlich für unzählige Morde, drakonische Strafmaßnahmen und repressive Kontrolle gegenüber der Bevölkerung. Innerhalb des Landes planen sie Überfälle auf somalische Hotels und Feiern, wobei hunderte unschuldige Zivilisten ums Leben kamen. Aber auch im Ausland wurde sie immer aktiver: Am 21. September 2013 kam es zu einem Überfall auf das beliebte Einkaufszentrum der kenianischen Hauptstadt Nairobi. Mit Schnellfeu-

erwaffen und Granaten schossen sie herum, um Nicht-Gläubige zu verletzen oder zu töten. Sie ließen die Geiseln zur Probe arabische Schriften lesen, um Muslime von Nicht-Muslimen zu trennen. Nach offiziellen Angaben kamen 67 Menschen ums Leben.

Die Al-Shabaab kontrolliert Teile Südsomalias. In diesen Gebieten führten sie die Rechtsprechung der Scharia ein. Vor allem auch Rechte der Frauen werden massiv verletzt. Bei Missachtung der Regeln – wenn sie etwa arbeiten gehen oder keinen Ganzkörperschleier tragen – werden somalische Frauen körperlich misshandelt, eingesperrt oder sogar getötet. Aber auch junge Männer werden, wie eine Studie von Human Rights Watch zeigt, systematisch zwangsrekrutiert und ihre Familien terrorisiert. In einem Interview erzählte ein Junge, dass er zusehen musste, wie sein Onkel von der Al-Shabaab umgebracht wurde, weil dieser nicht verraten wollte, wo sich sein anderer Neffe befand. Aber Gewalt und vor allem andauernde Selbstmordattentate rich-

ten sich auch gegen regierungsfreundliche Personen und unbeteiligte Zivilisten.

Eine Lösung dieser katastrophalen Lage gibt es bis heute nicht. Doch durch einen UN-Einsatz im Jahre 2013 schaffte es Somalia, eine legitimierte Regierung zu gründen. Aber auch sie ist nicht stabil genug, um sich gegen die Al-Shabaab entscheidend durchzusetzen. Auch der Versuch der Nachbarstaaten, die Al-Shabaab militärisch zu schwächen, schien zunächst erfolgreich. Doch nur zu Beginn. Derzeit gelingt es der Terrormiliz, den Bürgerkrieg wieder zu intensivieren. Diese ungeheuerlichen Aspekte sind der Grund, weshalb immer mehr Somalis flüchten. Sie sind aufgrund der islamistischen Terrormiliz in ihrem eigenen Land nicht mehr sicher. Allein im Jahre 2011 sind rund 50.000 Flüchtlinge nach Kenia, Äthiopien und Jemen geflüchtet. Viele wollen sich auch bis Europa durchschlagen, um dort ein besseres Leben zu führen ohne Krieg, Hungersnot und Unterdrückung. Doch dieser Weg ist weit, sehr teuer und für viele oft tödlich.

Studienfahrt nach Krakau und Auschwitz 2016

Bevor es jetzt mit dem Abi so richtig losgeht, waren wir noch auf Kursfahrt in Krakau. Und das war doch ziemlich gut, eigentlich sehr gut.

Vom Leistungskurs Soziologie

Von der Fahrt erwarteten wir nicht so viel, da es uns eigentlich mehr in den Süden und ans Meer zog. Aber das ging nicht, steigende Flugpreise machten uns einen Strich durch die Rechnung. Krakau war für uns dann eher eine Notlösung, und viele befürchteten, dass es eine eher langweilige Stadt ist.

War sie aber nicht – überhaupt nicht! Anders als erwartet ist Krakau echt eine wunderschöne Stadt, viel Historisches, das Königsschloss auf dem Wawel, die mittelalterlichen Tuchhallen, und die vielen Pferdekutschen wie in Wien waren ein faszinierender Anblick. Für diejenigen, die weniger Interesse daran hatten, waren die Shopping-Malls ein guter Ausgleich. Die vielen jungen Leute und ein irres Nachtleben auf den Straßen vermittelten eine Stimmung wie im Süden. Ein Viertel der Einwohner Krakaus sind Studenten. Die Universität ist eine der ältesten Europas, gegründet 1364,

ihr berühmtester Student war Nikolaus Kopernikus. Wir konnten den ersten Globus bestaunen, auf dem Amerika gezeigt wurde – wenn auch noch etwas sehr verzerrt.

Gewohnt haben wir in Apartments – sehr witzig, mit vielen Antiquitäten, Schnörkeln und Häkeldeckchen, aber auch mit der Möglichkeit, selber zu kochen. Vor allem aber waren sie mitten in der Altstadt: Wir konnten alles leicht zu Fuß erkunden, die Sehenswürdigkeiten, die vielen Bars und Cafés, wo man abends schön draußen sitzen konnte. Und auch Wechselstuben waren direkt nebenan: Geld zu tauschen war für die meisten von uns eine völlig neue Erfahrung.

Dann aber die deutsche Geschichte, der Nationalsozialismus und die Besetzung Polens. Über den NS wussten wir natürlich schon einiges, auch darüber, dass die „slawischen Völker“, wozu auch die Polen zählen, als minderwertig betrachtet wurden. Aber wir wussten nicht, dass sofort nach der Besetzung im Spätsommer 1939 fast die gesamte Führungsschicht Polens, zehntausende Intellektuelle, Wissenschaftler, Ingenieure, Lehrer, Beamte und Priester verhaftet und ermordet wurde. Auch in der alten Universität wurden im November 1939 alle

Professoren zusammengerufen, angeblich um über die Pläne der Nazis informiert zu werden. Alle wurden festgenommen, die meisten ermordet. Drei Millionen Polen wurden als Zwangsarbeiter ins Deutsche Reich deportiert. Insgesamt kamen über 5 Millionen Polen im zweiten Weltkrieg ums Leben, und das obwohl der Krieg gegen Polen selbst nur ein paar Wochen dauerte.

Dann natürlich der Holocaust: Wir waren vorbereitet, hatten schon viel gelesen oder gesehen, etwa den Film „Schindlers Liste“, der ja in Krakau spielt. Aber es ist etwas ganz anderes vor Ort zu sein, durch das jüdische Viertel Kazimierz zu laufen, das Spielberg als Kulisse nutzte, oder eben Auschwitz zu besuchen. Das war heftig! Jeder verarbeitete es auf seine eigene Weise: Als man über dieses riesige Gelände lief, die Ruinen der Krematorien und Gaskammern sah und auch durch die einzig noch erhaltene Kammer wortlos durchging; oder als etwas über die Experimente von Mengele an Kindern berichtet wurde; oder als man vor einer Grube mit Asche von zehntausenden Menschen stand – Asche von insgesamt 1,2 Millionen hier ermordeter Menschen, die die Nazis nicht mehr in die Flüsse schütten

konnte, um alles zu vertuschen. Man kann dies alles gar nicht richtig realisieren.

Am Abend haben wir dann in einem typisch polnischen Restaurant gegessen. Das war gut, um die Erlebnisse des Tages sacken zu lassen. Und die polnische Küche ist schon anders: Verschiedenste Piroggen (Teigtaschen), viel Sauerkraut und eine Suppe, die in einem kompletten Brot gereicht wurde.

Entspannt haben wir aber auch: Am letzten Tag sind wir in die Berge gefahren, an den Rand der Hohen Tatra nahe der Grenze zur Slowakei. Knapp 3000 Meter sind die Gipfel hier hoch. Mit dem Floß sind wir durch ein wirklich wunderschönes Tal gefahren, der sogenannte Durchbruch des Dunajca Flusses. Zwei Flößer haben die Arbeit gemacht, während wir die Beine hochgelegt haben. Später hieß es dann, ab in den Fluss, das Wetter war super!

Den letzten Abend haben wir zwar nicht alle zusammen, aber jeder für sich noch schön verbracht – draußen in einem der hübschen Cafés, schlendernd durch die Altstadt oder durch das jüdische Viertel, wo Klezmer-Bands vor den Restaurants spielen. Am nächsten Morgen ging es zurück nach Bremen – eigentlich viel zu früh!





Europa zu Gast in Obervieland

Im Mai 2016 war unsere Schule der Gastgeber des jährlich stattfindenden *European School Sport Meeting*. 120 Schüler aus acht Ländern kamen nach Obervieland, lernten sich kennen, hatten Spaß und kämpften sportlich um die Wette. Wer dabei war, kann kaum verstehen, wieso das Europa der Nationalstaaten aufgrund sozialer Spaltung, Schuldenkrise und Flüchtlingspolitik auseinanderzubrechen droht.

Von Sheila Borau

Das *European School Sport Meeting* (ESSM) ist eine jährliche Veranstaltung, bei der sich jeweils 16 Schüler aus verschiedenen Ländern eine Woche in sportlichen Wettkämpfen messen. Dieses Jahr waren wir, das Gymnasium Links der Weser, der Ausrichter. Teilnehmende Länder waren Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Holland, Kroatien und Polen. Da gab es unglaublich viel zu organisieren. Alle Schüler wurden in Gastfamilien untergebracht, das hat etwas gedauert; dann das Freizeitprogramm und natürlich die Wettkämpfe.

Der erste Tag begann mit einer von unseren Schülern vorbereiteten Bremen-Rallye. Gemischte Gruppen mit jeweils zwei Schülern aus jedem Land rauschten durch die Innenstadt Bremens; sie hatten verschiedene Aufgaben im Team zu bewältigen. Außerdem erkundeten sie Bremens Sehenswürdigkeiten wie den Dom, die Bremer Stadtmusikanten und das Schnoorviertel. Schließlich wurden die Gäste feierlich in der oberen Rathauhalle durch die Bildungssenatorin Dr. Claudia Bogedan empfangen, die ausdrücklich die Organisation und das große Engagement für Austausch und Integration lobte – gerade in diesen schwierigen Zeiten.

Am Abend fand dann die Auftaktveranstaltung im Bürgerhaus Obervieland statt, wo jede Delegation eine kleine Aufführung aus Tanz, Gesang oder Filmen präsentierte. Das Highlight der Veranstaltung war die Rede von Willi Lemke, ehemaliger Bremer Bildungssenator und derzeit Sonderberater des UN-Generalsekretärs für Sport und Schirmherr des ESSM. Er äußerte seine Begeisterung für das Austauschkonzept

und betonte die Bedeutung von Solidarität und Antirassismus: „Sich kennen- und respektieren lernen, gleich welche Nationalität, Religion, Herkunft und Hautfarbe jemand hat, ist die wichtigste Grundlage für ein gemeinsames und friedliches Europa.“

In den drei darauf folgenden Tagen fanden die Sportwettkämpfe statt. Diese wurden durch den TUS Komet Arsten unterstützt, der seine Anlagen zur Verfügung stellte (unsere Turnhalle wurde ja anderweitig genutzt). Die Schüler kämpften in unterschiedlichen Leichtathletikdisziplinen, Volleyball und Fußball gegeneinander.

Trotz der ernsthaften Wettkämpfe blieb die Atmosphäre entspannt, locker und spaßig. Am Ende gewann das Team Dänemark überzeugend vor dem Team aus Polen und unserer Heimmannschaft aus Obervieland – der dritte Rang ist die bislang beste Platzierung unserer Mannschaft. Enttäuscht waren allerdings die männlichen Fußballer, die leider ohne die Unterstützung der Werder-Spieler unserer Schule nur den fünften Platz erzielten. Dafür haben die Mädchen in dieser Disziplin gewonnen.

Am letzten Tag unternahmen alle Schüler noch eine gemeinsame Exkursion nach Hamburg, wo sie unter anderem eine Hafenrundfahrt machten. Die Begeisterung war bei allen Beteiligten richtig groß, was deutlich an den Massen der geschossenen Selfies zu erkennen war. Am Abend gab es schließlich die Siegerehrung. Aber nicht nur Gewinner wurden gefeiert. Es gab auch einen Pokal für Fair Play, der vom belgischen Team begeistert gebjubelt wurde. Danach wurde heftig gefeiert, nebenan in der Disko des Bürgerhauses und im Gemeinschaftszentrum Obervieland.

Katerstimmung gab es am nächsten Morgen, der Abend war lang. Es flossen auch Tränen, denn innerhalb kürzester Zeit hatten Gastgeber und Gäste sich richtig lieb gewonnen. Der Abschied fiel nicht leicht, jedoch freuen sich alle auf ein Wiedersehen in Kroatien im nächsten Jahr. Mal sehen, wer von unserer Schule dann mitfährt.

Impressum

Gymnasium Links der Weser
Alfred-Faust-Straße 6 – 28277 Bremen

Redaktion: Dr. Jens Winter, Jürgen Cordes, Christine Kothe und Franz Dwertmann

Layout: Team Nawrot

V.i.S.d.P.: Dr. Jens Winter - Gymnasium Links der Weser-Bremen Obervieland

Bildnachweise: S.1 Jörg Teichfischer, Jens Winter. S.2 Jens Winter. S.3 Gymnasium Links der Weser. S.4 Jens Winter. S.5 <http://commons.wikimedia.org>. S.6 www.flickr.com/acampadabcfoto/. S.7 <http://commons.wikimedia.org>. S.8 Jens Winter. S.9 <http://commons.wikimedia.org>. S.10 <http://commons.wikimedia.org>. S.11 www.flickr.com/syriafreedom/. S.12 <http://www.austrialia.gov.au/novisa>.

S. 13 <http://commons.wikimedia.org>. S.14 <http://commons.wikimedia.org>. S.15 Jens Winter. S.16 Karen Fritsch, Stefan Markus und Tobias Bader.



Vielen Dank an all jene, die unser Projekt unterstützt haben!



TEAM NAWROT

